

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Er scheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Hofstra. u. Verwaltung: Prag II, Telisgasse 16 • Teleph.: 20705, 31460, Nachtrebat. (ab 21 Uhr): 33535 • Postfachamt: 37544

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Post)

12 Jahrgang.

Dienstag, 26. April 1932

Nr. 99.

Die Harzburger erobern Preußen nicht. Rechtsregierung nur mit dem Zentrum möglich.

Berlin, 25. April. Nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis der Landtagswahlen in Preußen, die bereits um 2 Uhr 10 nachts durch das Wolffbüro verbreitet wurden, stellt sich das Wahlergebnis folgend dar:

Abgegebene Stimmen 22.069.849; Wahlbeteiligung 81 Prozent.

	Stimmen	Mandate	Reichstagswahlen 1930
Sozialdemokraten	4.674.943	93 (137)	4.989.500
Deutschnationale	1.524.931	31 (71)	1.968.700
Zentrum	3.374.413	67 (71)	3.158.100
Kommunisten	2.219.602	57 (48)	3.141.500
Deutsche Volkspartei	330.807	7 (40)	1.004.200
Volkrechtspartei	44.119	—	—
Wirtschaftspartei	191.032	—	303.100
Deutsches Landvolk	153.562	—	579.000
Deutsche Staatspartei	332.441	2 (22)	681.000
Nationalsozialisten	3.008.219	162 (9)	3.968.000
Deutsche Bauernpartei	63.883	1 (1)	—
Christlichsozialer Volksdienst	552.068	2 (4)	509.400
Sozialistische Arbeiterpartei	80.437	—	—
Sonstige Splitterparteien	474.184	—	—

Die Bedeutung der Landtagswahlen in den einzelnen deutschen Ländern geht schon daraus hervor, daß gegen 80 Prozent aller wahlberechtigten Deutschen in Deutschland zur Abstimmung gegangen sind. Besonders wichtig war die Landtagswahl in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Aachen. Politisch am bedeutsamsten ist natürlich der Ausgang der Wahlen in dem größten deutschen Bundesstaat, in Preußen.

Die Wahlen in Preußen ergeben, daß die nationalsozialistische Welle noch immer im Anstiegen begriffen ist. Die Nationalsozialisten sind mit 162 Mandaten die stärkste Partei im preussischen Landtag geworden. Allerdings haben sie die Mehrheit nicht erobert und sind weder allein noch zusammen mit den Deutschnationalen und den anderen nationalsozialistischen Splittergruppen imstande,

eine Regierung zu bilden, denn von den 162 Mandaten im preussischen Landtag verfügen diese Parteien nur über 203. Allerdings kann auch die Weimarer Koalition eine Regierung nicht bilden, denn sie verfügt nur über 162 Mandate. Die Kommunisten mit ihren 57 Mandaten können für eine Regierungsbildung nicht in Betracht. Es kann also das Kabinett Brann durch die vereinigte Rechte und durch die Kommunisten gestützt werden, aber ein neues Kabinett kann nicht gebildet werden, da nicht anzunehmen ist, daß die Kommunisten für eine Rechtsregierung stimmen werden. Vermutlich wird also das bisherige Kabinett als geschäftsführende Regierung vorläufig weiter verbleiben und die Nationalsozialisten haben ihr Ziel, in Preußen an die Macht zu kommen, nicht erreicht.

Das Ergebnis der preussischen Wahlen trifft die Sozialdemokratie nicht unerwartet. Wie richtig die deutsche Sozialdemokratie das Ergebnis vorausgesehen hat, geht aus folgender Stelle des Vortrags des Berliner „Vorwärts“ am Sonntag hervor:

Die Weimarer Koalition wird heute — das weiß jeder, der nicht an Wunder glaubt — die Mehrheit verlieren. Sie wird also verpflichtet sein, einer anderen Gruppierung, falls diese über die Mehrheit verfügt, die Regierungsgewalt abzutreten. Davon aber kann keine Rede sein, daß die Weimarer Koalition als Minderheit abdanken möchte zugunsten einer anderen Minderheit. Im Gegenteil bleibt es im Interesse von Volk und Land ihre Pflicht anzuharren, bis eine Ablosung für sie in der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Form vorhanden ist. Solange jedoch der Landtag arbeitsunfähig ist, ist eine arbeitsfähige Regierung doppelt notwendig.

Viel schlechter als in Preußen haben die Nationalsozialisten in Bayern abgeschnitten. Von 128 Abgeordneten verfügen die Nationalsozialisten über 43, es kommt also eine nationalsozialistische Mehrheit im zweitgrößten deutschen Staat überhaupt nicht in Betracht. Ebenso nicht in Württemberg, wo die Nationalsozialisten von 80 Sitzen nur über 23 verfügen.

Erreicht ist für die Sozialdemokratie das Wahlergebnis in Hamburg. Während die Sozialdemokratie bei den Wahlen am 17. September 1931 46 Mandate besaß, hat sie am Sonntag drei Mandate hinzugewonnen. Die Nationalsozialisten sind in dieser Zeit von 43 Mandaten auf 51 gestiegen, die Kommunisten von 35 auf 26 gefallen. Die Schlappe der Kommunisten ist hier, wo sie ihre Hochburg haben, besonders empfindlich.

Ueber die politische Bedeutung des Wahlausganges sprechen wir an leitender Stelle.

Der Sinn der Deutschlandwahlen

Prag, 25. April.

Die Erde bebt. Die Welt, die der Kapitalismus nach seinem Ebenbilde geschaffen, will aus den Fugen gehen. Blitz und Donner, Sturmfluten ohnegleichen verflünden die Geburtswehen einer neuen menschlichen Ordnung. Die Wahlergebnisse vom Sonntag können nicht gemessen werden an den Erfahrungen der bisherigen Geschichte. Nur unter den Aspekten eines weltgeschichtlichen Ueberganges sind sie zu werten als furchtbarer Zusammenstoß zwischen Geist und Gewalt, zwischen Gefühl und Vernunft. Das ist die Panik einer untergehenden Klasse. Das ist die ratlose Verzweiflung maßlos leidender Proletariatschichten, die zur Waffe des politischen Selbstmordes greifen. Das ist die blinde Revolte eines besiegten und gedemütigten Volkes wider sein hartes Schicksal. All das hat sich verbündet, um Sonntag jene Resultate aus Deutschlands Wahlurnen steigen zu lassen, die Ungeschulten unlösliche Rätsel aufgeben mögen, die uns marxistischen Sozialisten aber Anlaß zu kühler geistiger Durchdringung der Gegenwartsprobleme, zur Selbstorientierung und zu neuer Mobilisierung der weltbewegenden Kraft des Proletariats sind.

Die Erde bebt. Millionen Arbeitsloser droht der Absturz in den Hungertod. Abermillionen von Arbeitern, Bauern, Kleinbürgern wankt der Existenzboden unter den Füßen. Damit gerät auch die ganze politische Machtgebung ins Schwanken, die — in dieser oder jener Form — auf dem Boden der bisherigen Wirtschaftsordnung verankert wurde. Die Diktaturen zittern unter dem Beben ungehäuften Massengrolls. Die Kolonialvölker sind aufgewühlt und suchen mit elementarem Kräfteinsatz einen Ausweg zu Wohlstand und Freiheit. Ganze Kontinente — Südamerika ist ein Beispiel dessen — haben Staatsstreich, Militärputsche und Revolutionen auf der Tagesordnung. Da nun einmal die von kapitalistischer Kräfteentwertung angepeitschten Volksgewalten verstandesmäßig nicht genug geschult sind, um in der Aenderung des Wirtschaftssystems den Hebel zu besserer Daseinsgestaltung zu erkennen, wenden sie sich rein instinktmäßig gegen die bestehende politische Ordnung. Dieser Willenszug hat die spanische Diktatur hinweggeführt, er rüttelt an den Diktaturen in Italien und Jugoslawien wie an dem konterrevolutionären Regime in Ungarn, Rumänien, Polen. In Deutschland aber, wo die Demokratie nach dem Kriege die traurige Hinterlassenschaft des hohenzollernischen Absolutismus antreten mußte, richtet sich der von der Krisennot entzündete Volksaufbruch gegen die junge Demokratie. Revanchelust einer geschlagenen Kriegerkaste, toller Arbeiterhaß einer befehlsgewohnten Unternehmerklasse, Zerschlagung eines depossidierten Mittelstandes, Verzweiflungstrimmung einer enttäuschten Jugend und eines Sechsmillionenheeres Arbeitsloser haben sich gegen die deutsche Demokratie verbündet. Aufmarsch aller negativen Gewalten eines Sechzigmillionenvolkes gegen seine eigene Freiheit, seine gegenwärtigen und künftigen Lebensnotwendigkeiten, das ist das Wesen des faschistischen monarchistischen Wahltrumpfes, schicksalhaftes Verhängnis einer heroisch auf Tod und Leben kämpfenden Demokratie. Und doch war dieser Wahlsontag nur eine Etappe in der Neugruppierung der Klassenkräfte in dem größten Industrievolk des Kontinents, Zeichen dafür, daß die Weltkriege einen politischen Umbruch ohne gleichen eingeleitet hat, die sozialistische Arbeiterklasse vor furchtbaren Gefahren aber auch vor unerhörte Erfolgsmöglichkeiten stellt und ihr gebietet, ihren Befreiungskampf mit

Roter Wahlsieg in Wien.

Hakenkreuz proliferiert vom Niedergang der Bürgerparteien.

Wien, 25. April. Die gestrigen Wahlen in den Wiener Gemeinderat, dessen Mitgliederzahl von 120 auf 100 herabgesetzt worden ist, hatten folgendes Resultat:

	Stimmen	Mandate
Gültige Stimmen	1.159.360	
Sozialdemokraten	682.322 (703.418)	66 (78)
Christlichsoziale	233.622 (282.879)	19 (42)
Sitter-Partei	201.365 (27.540)	15 (—)
Kommunisten	20.839 (10.601)	— (—)

*) Davon zwei Großdeutsche.

Der prächtige Wahlsieg unserer Wiener Genossen wird in der gesamten Internationale berechtigter Anerkennung finden. In dem Land, in dem die Wirtschaftskrise besonders schwer wütet, wo es tausende von verzweifelten Arbeitslosen gibt, wo die Sozialdemokratie von allen Seiten auf das heftigste herangeführt wird, haben unsere Wiener Genossen nicht nur ihre bisherige glänzend ausgebaute Position behauptet, sondern sie haben noch, was fast undenkbar schien, an Terrain gewonnen. Dieser beispiellose Erfolg beruht vor allem auf drei Tatsachen:

1. Auf der Geschlossenheit des Wiener Proletariats. Das österreichische Proletariat hat das Glück eine ganz bedeutungslose kommunistische Partei zu haben, so daß das gesamte Wiener Proletariat im Lager der Sozialdemokratie steht. Die Arbeiter der ganzen Welt können also sagen, was die proletarische Einheit bedeutet und wie stark das sozialistische Proletariat beispielsweise auch in Deutschland sein könnte, wenn es keine kommunistische Partei gäbe, keine faschistische Gefahr, wenn nicht das Proletariat gespalten wäre.

2. Eine zweite Tatsache, die den Wiener Genossen zum Erfolg verholfen hat, sind die Leistungen der Wiener Gemeinde. Die

vielen prächtigen Wohnhäuser, welche die Gemeinde Wien gebaut hat, das große soziale Fürsorgewerk, das sie ins Leben gerufen hat, die beispielgebende Finanzpolitik Breitners, welche das Ausbauwert erst ermöglicht hat, führen eine so laute Sprache, daß sie eben der größte Teil der Wiener Bevölkerung vernimmt. Die Sozialdemokratie hat in Wien die Mehrheit, sie ist auf keine Koalition mit irgend einer bürgerlichen Partei angewiesen, sie kann daher Sozialpolitik machen. Die Sozialdemokratie in Wien zeigt, was eine positive sozialistische Politik zu leisten imstande ist.

3. Der Wiener Wahlerfolg ist ferner zurückzuführen auf die glänzende Wiener Parteiorganisation, welche alle politischen Interessierten innerhalb des Proletariats und einen Großteil der Wähler erfaßt hat, und die große Verbreitung der sozialdemokratischen Presse. Organisation und Presse der Wiener Sozialdemokratie haben eine solche Aufklärungsarbeit geleistet, daß das Ergebnis in der Stimmenabgabe zum Ausdruck kommen mußte. Was eine glänzende Organisation und weit verbreitete Presse zu leisten vermag, das lehrt das Ergebnis der Wiener Wahlen und diese Tatsache sollte überall innerhalb des sozialistischen Proletariats Beachtung finden.

Niederösterreichischer Landtag:

Abgegebene gültige Stimmen	Mandate
Christlichsoziale	362.738 28 (33)
Sozialdemokraten	272.274 20 (21)
Nationalsozialisten	110.774 8 (9)
Großdeutsche	18.398 0 (—)
Landbund	10.006 0 (1)
Kommunisten	8.480 0 (0)

Salzburger Landtag:

	Mandate
Christlichsoziale	44.013 12 (13)
Sozialdemokraten	20.810 8
Sitteranhänger	24.125 6 (9)
Heimwehren	5.530 —
Kommunisten	3.127 —

Gemeindewahlen.

Stiebertal.

Graz, 25. April. Die endgültigen Resultate der gestrigen Gemeinderatswahlen in Stiebertal sind noch nicht vollständig. Die führenden Parteien, die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten, konnten im großen und ganzen ihre Positionen bewahren; nur in wenigen Orten büßten sie ein oder zwei Mandate ein. In Eisenberg verlieren die Sozialdemokraten 6 Mandate, sind aber mit 14 Mandaten die stärkste Partei. Die Sitterpartei gewinnt hiesigweise ein oder zwei Mandate, in Judenburg 5 Mandate.

Kärnten.

Bei den Gemeindewahlen in Kärnten erzielten die Sozialdemokraten 981, die Christlichsozialen 200, die Nationalsozialisten 318, die Wirtschaftsparteien 1391, Landbund 219, Kommunisten 18, Christlicher Bauernbund 13, nationaler Wirtschaftsbund 7, die Kärntner Slowenen 204, die Großdeutschen 1, die slowenische Arbeiterpartei 1 und der Heimatbund 7 Mandate.

neuen Gegnern, unter grundlegend geänderten Verhältnissen auszufichten.

Im Mittelpunkt der Wahlentscheidung stand Preußen. Dort ist der Erfolg des Hitlerfaszismus in der Tat beispiellos. Ein Sprung von 7 auf 160 Mandate, Verdoppelung der Stimmen seit der letzten Reichstagswahl, Vermehrung der Stimmen sogar seit der Präsidentenwahl in vielen Wahlkreisen — zweifellos ein Triumph, den zu verschweigen oder herabzumindern Torheit wäre. Erfolgreich auch die Deutschnationalen, die seit der letzten Preußenwahl zwar von 71 auf 31 Mandate sanken aber der Gefahr eines vollständigen Niederganges doch entronnen sind. Dies auszusprechen bedeutet auch den Gegnern dieser Parteien die Vernunft, denn Selbsttäuschung ist schlimmstes Übel in gefährlicher Stunde. Hitler, Hugenberg und ihre Anhänger würden sich jedoch ebenfalls arger Täuschung hingeben, wenn sie glauben, mit diesem Wahlgang ihr Ziel erreicht zu haben. Mit der Nachterringung der Harzburger in Preußen und Reich hat es seine guten Wege. Sie sind im neuen Preußenlandtag eine Minderheit und es besteht kein Anlaß für die Minderheit der bisherigen Weimarer Koalition, zu weichen. Ein Nazi könnte als Ministerpräsident in Preußen nur mit Hilfe der Kommunisten gewählt werden, die mit ihren 56 Mandaten das Jünglein an der Waage sind. Diese kaum wahr-scheinliche Selbstkastration der Kommunisten außer Betracht gezogen, bleibt als einziger „legaler“ Weg der Nachnahme Hitlers und Hugenbergs nur die Koalition mit dem Zentrum übrig — also ein sogenanntes „saules Kompromiß“ mit dem vielbekanntesten republikanischen System. Das durch die Wahl wiederum gekräftigte Zentrum dürfte wenig Lust haben, die parlamentarisch-demokratische Kulisse für ein Faschistenregiment in Preußen abzugeben. In Bayern und Württemberg, wo demokratische Landtagsmehrheiten gewählt wurden, stehen die Regierungsaussichten der Nazis noch schlechter. So bleibt ihnen nur das kleine Anhalt als Gewinn und Hitler wird seine ungeduldigen Kohorten, die lieber heute wie morgen Soldnehmer des Dritten Reiches werden möchten, wieder auf unbestimmte Zeit vertrösten müssen.

Die Geschlagenen des 24. April in den wichtigsten deutschen Ländern sind die Bürgerparteien. Soweit sie ihre Festigkeit nicht auf konfessionelle Gebundenheit der Wähler begründeten, wie das Zentrum und die ebenfalls ungeschwächte bayerische Volkspartei, soweit sie nicht direkte Teilhaber des faschistischen Komplotts waren, wie die Deutschnationalen, sind sie bis auf kümmerliche Reste ausgerottet worden. Dezimiert die Deutsche Volkspartei, die unter Stresemanns Führung einst eine große Rolle im Nachkriegsdeutschland spielte. Dezimiert die als Staatspartei firmierten bürgerlichen Demokraten, dezimiert die mittelständische Wirtschaftspartei, dezimiert die Landvolkspartei, die Christlichsozialen. Was zwischen den marxistischen Arbeiterparteien, dem Zentrum und dem Faschismus stand, ist einfach zermalmst worden. Aus den zerfallenden Reihen dieser Parteien holte sich Hitler Millionen neuer Wähler. Das Städtebürgertum Deutschlands hat mit diesem Wahlgange auf eine selbständige Rolle

in der Politik verzichtet, abgedankt zugunsten faschistischer Abenteuer in Besinnungsloser Angst vor der Arbeiterklasse. Freilich, darin liegt eine furchtbare Gefahr für das klassenbewußte Proletariat, daß sich alle seine Todfeinde in einer Millionenpartei zusammenballen, die sich betrügerisch als „Arbeiterpartei“ firmiert und das Wort „sozialistisch“ im Schilde führt. Der Gedanke, daß sich vielleicht zwei oder drei Millionen Arbeiter, Angestellter und Arbeitsloser mit Industriebaronen, Hohenzollernprinzen, überschnappten Professoren und Krautjunker zusammenschließen haben, um ihre Massengenossen zu Boden zu ringen und Denkerkolonne des Sozialismus zu sein, läßt das Herz jedes Sozialdemokraten erbeben. Ueber die Fährnisse des Augenblickes hinaus leuchtet jedoch der Triumph sozialistischer Weltanschauung, der aus der Tatsache spricht, daß die mächtige Industrie- und Agrarbourgeoisie Deutschlands nicht mehr mit offenem Bijou zu kämpfen mag, daß sie in das Lager des hakenkreuzlerischen Scheinsozialismus flüchtet, um den Sieg der sozialistischen Ordnung noch um ein paar Jahre aufzuschieben. Mit der Auflösung eines halben Duzend deutscher Bürger- und Kleinbürgerparteien sind alte Hindernisse sozialistischer Vormarsches verschwunden. Das neue größere Hindernis des Faschismus ist an ihre Stelle getreten. Solange er von dem Nimbus des Tageserfolges umkränzt und den Heerscharen seiner Gläubigen und Verzückten für nächste Sicht das ersoffende Wunder verheißt, mag er noch schwerer zu bekämpfen sein. Dies ändert sich in dem Augenblicke — und er kommt für jede Massenbewegung früher oder später — wo die kritische Auseinandersetzung bisher willigen Nachläuferturns mit den Versprechungen, mit den Felsen und Methoden der Hitlerei beginnt. Wenn der riesengroße Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen Schein und Sein des deutschen Faschismus auch im Bewußtsein seiner proletarischen Mitläufer aufsteht — dann kommt die große Stunde der Sozialdemokratie. Ist die Gefahr einer gewaltsamen Nachterringung der Nazis einmal gebannt und werden sie auf den ungewohnten Gebrauch geistiger Waffen angewiesen — dann beginnt die Eroberungsschlacht des marxistischen Sozialismus um die Mehrheit des deutschen Volkes. „Wie gewonnen, so zerronnen“, dieser vielbewährte Wahrspruch steht in Flammenschrift über Hitlers Eintagsglück geschrieben.

Zu den Geschlagenen des deutschen Wahlsonntags zählen auch die Kommunisten. Sie träumten von gigantischem Massenstrom Bezweifelster, sie wetteiferten mit den Nazis bei der gemeinsten Bekämpfung der Sozialdemokratie, sie kündeten das Kommen Sowjetdeutschlands; und der Erfolg? Seit dem 13. März hat ihnen die Arbeiterklasse Deutschlands drei kräftige Fußtritte verabreicht. Zwei schwere Niederlagen bei der Präsidentenwahl, über 300.000 seit 1930 verlorene Stimmen in Preußen, Einbuße eines Drittels der Mandate seit Herbst 1931 in Hamburg, Abwanderung großer Teilscharen ihrer Wähler zum Faschismus — das ist die Bilanz des „revolutionären“ Kurzes der K. P. D. Hätte sie vor Wochen die Einladung Breitscheldts zur antifaschistischen Einheitsfront

mit den Sozialdemokraten nicht verbroderlich ausge schlagen — so groß wie der Sieg Hitlers konnte der Sieg eines geschlossenen deutschen Proletariats sein. Moskau sollte sich angefaßt der drohenden Entwicklung im Fernen Osten ernsthaft Gedanken machen, wie lange es die wahrwichtige Spaltungstaktik noch beibehalten kann, wie lange es sich vom Standpunkte der russischen Revolution aus noch den Luxus leisten kann, den besten Bundesgenossen für den Fall der Gefahr mit Dolchstichen zu bearbeiten!

Nächst dem Zentrum hat sich in Preußen die Sozialdemokratie am besten gehalten. Wohl erleidet sie nach dem Stand des Konjunkturjahres 1928 empfindliche Nachteilbisse im Landtag, doch das Resultat der letzten Reichstagswahl konnte sie mit geringer Schmälerung behaupten. Zwei mörderische Krisenjahre, fanatischer Ansturm von allen Seiten haben von ihrer Position nicht mehr als fünf Prozent der Stimmen abzubrücheln vermocht. Während sich in den Landgebieten auch in ihren Resultaten der gegnerische Terror spiegelt, hielt sie sich sehr gut in den Städten und konnte in Berlin, Magdeburg, Hamburg, Ostpreußen gegen die jüngsten Wahlen prächtig aufholen. Dort, wo die Nazis ihre Ausgang nahen, konnte die sozialdemokratische Gegenoffensive bereits die ersten Erfolge erzielen, verheißungsvolles Wegzeichen der kommenden Entwicklung. Könnte man die Nazis nach den Regeln der Demokratie nun regieren lassen, wie würden sie bei den nächsten Wahlen ausschauen! Die sozialdemokratische Taktik in Preußen wie im Reich sieht indes unter dem Diktat der Ge-

wißheit, daß von dem Tage der Nachterringung des Faschismus auf lange Zeit hinaus der deutsche Arbeiter jede politische Willensfreiheit verlieren würde und sie unter furchtbaren Blutopfern zurückholen müßte. Darum muß — im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes und Europas — auch fernherhin die Taktik der Sozialdemokratie darauf gerichtet sein, den Faschismus von der Macht fernzuhalten. Mögen die Dinge nach diesem Wahlgang in Preußen-Deutschland verwickelt sein, kein Zweifel, daß ihr diese schwere Aufgabe gelingen wird. Hier gilt das mühsame Werk, das kürzlich ein reichsdeutscher Genosse im persönlichen Gedankenaustausch hinwarf: „Eher geht die Welt in Trümmer, bevor sich die Partei Bebel's und Liebknecht's unterliegen läßt.“ Obwohl die österreichischen Wahlen wieder sind an Lichtpunkten und das rote Wien als ein Leuchtturm sozialistischer Hoffnung heller denn je hinausstrahlt in die unduldierte Welt, in dieser Stunde strömen unsere brüderlichen Sympathien den Freiheitskämpfern des deutschen Sozialismus zu. Ihnen, die aus schwersten Kämpfen kommen und in schwerste Kämpfe ohne Hast weitermarschieren, drücken wir bewundernd die schwierigen Hände. Wir wissen es, was an den sieben Millionen Menschen, die die Sozialdemokratie trotz Tod und Teufel um ihre Fahne schart an Treue, Tapferkeit, Schöpferkraft und sozialistischem Zukunftsglauben verkörpert ist. Den Gegnern, die sich am Augenblicke beranzen mag das Wahlschicksal des Tages genügen. Die Sozialdemokratie kann getrost über die Ungunst des Tages hinwegschreiten, denn ihr gehört das Jahrhundert!

Bayrischer Landtag:

Abgegebene Stimmen	3.909.206	Mandate
Bayrische Volkspartei	1.272.071	45 (40)
Sozialdemokraten	604.098	20 (30)
Bayr. Bauernbund	253.260	9 (15)
Deutschnationale	127.963	3 (11)
Nationalsozialisten	1.270.602	43 (9)
Kommunisten	259.100	8 (3)
Sozialist. Arbeiterpartei	13.452	—
Christlichsoz. Volksdienst	42.109	—
Volkspart. u. Wirtschaftsp.	66.012	—

Die bisherige Regierungskoalition aus bayrischer Volkspartei, Bauernbund und Deutschnationalen ist damit in die Minderheit gedrängt; eine Regierung der bayrischen Volkspartei, des Bauernbundes und der Sozialdemokraten würde dagegen möglich sein, ebenso auch eine reine Rechtsregierung aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Bayrischer Volkspartei.

Anhalt:

Dejau, 25. April. Die anhaltischen Landtagswahlen ergaben: Sozialdemokraten 12 Mandate (15), Deutschnationale 2 (2), Zentrum 1 (0), Kommunisten 3 (3), Deutsche Volkspartei 2 (6), Hans- und Grundbesitzer 1 (2), Staatspartei 1 (2), Nationalsozialisten 15 (1), sozialistische Arbeiterpartei 0 (0).

Die bisherige Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Staatspartei ist weiter geschwächt und eine klare Rechtsmehrheit entstanden, die Nationalsozialisten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei umfassen dürfte.

Württemberg:

Stuttgart, 25. April. Im neugewählten württembergischen Landtag befinden sich: Sozialdemokraten 14 (21), Zentrum 17

(16), Bauernbund 9 (15), Demokraten 4 (8), Kommunisten 7 (6), Deutschnationale 3 (4), Deutsche Volkspartei 0 (4), Christlichsozialer Volksdienst 3 (3), Volksrecht 0 (2), Nationalsozialisten 23 (1), zusammen 80 Abgeordnete.

Die bisherige Regierungskoalition, bestehend aus Zentrum, Bauernbund, Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und Demokraten, verfügt nur noch über 33 Sitze. Eine Regierung auf der alten Grundlage ist also nicht mehr möglich. Jede künftige Regierung wird sich vor die Frage gestellt sehen, ob sie lieber mit den Nationalsozialisten oder den Sozialdemokraten zusammengehen will, anher sie wieder den Versuch machen, als geschäftsführende Regierung oder als Minderheitsregierung bei wechselnden Mehrheiten auszuftommen.

Hamburger Bürgerchaft:

	Mandate	27. Sept. 1931
Sozialdemokraten	226.233	49 (46)
Deutschnationale	32.344	7 (9)
Zentrum	10.019	2 (2)
Kommunisten	119.477	26 (35)
Deutsche Volkspartei	23.805	5 (7)
Wirtschaftspartei	4.880	1 (2)
Staatspartei	84.139	18 (14)
Christlichsoziale	7.729	1 (2)
Nationalsozialisten	233.528	51 (43)

Hier haben die Parteien der Weimarer Koalition gegenüber der Wahl vom vorigen September einen namhaften Zuwachs von 62 auf 69 Mandate zu verzeichnen, obwohl die NSDAP weiter gewonnen hat: Die Nazis tragen die Kommunisten; auch die Deutschnationalen und die deutsche Volkspartei, sowie verschiedene kleinere Parteien haben nennenswerte Verluste. Immerhin reicht es auch jetzt nicht für eine Mehrheitsregierung des bisherigen Senats aus den Weimarer Parteien.

Von der Schönheit im Kriege.

Die Geschichte eines Deutsch-Russages.

Von Hans Houbesier.

(Fortsetzung.)

Eine Stunde hat sie, zwei — wer weiß es, wie lange? Sie hört die Mutter nicht, die einmal vorichtig und geräuschlos den Kopf zur Tür hereinsteckt. Sie wohnt ihre Tochter lernend, darum geht sie wieder. Neht aber lern nicht. Sie brüht nur. Einen klaren Gedanken hat sie nicht. Ihr Kopf kann es einfach nicht fassen, was der Professor sagte.

„Von der Schönheit im Kriege.“

Und wie es leise dämmerig wird im Zimmer, da wachen die Bilder klarer in ihr auf — schreckhafter.

So viel Anderes hat sie ja doch hören müssen, haben ihr ihre jungen Tage vor Augen gebracht. Das wacht wieder auf, nimmt Gestalt an — von der Schönheit im Kriege.

An der Biade war's. Da hat der Vater in einem Loch gelegen. Und die jüdische Sonne trocknete seinen Mund aus.

Etwas Tränkbares! Ein Königreich um etwas Tränkbares!

Da drüben ist ein Granatenloch. Die oft hat es schon wieder eine Granate oder Mine aufgewühlt. Der Regen hat es mit einer schmutzigen Wade gefüllt. Die einschlagenden Geschosse haben sie wieder aufgerührt. Die und braun ist sie. Und die Fetten zerrissener Frotscheiber schwimmen darin herum. Aber — ein Königreich für einen Tropfen Wasser!

So hat man auch gestern gedacht — immer. Man muß das Wasser in das Loch hereinlassen. Aber mit wahnwinniger Regelmäßigkeit schlugen die Artilleriegeschosse ringsum ein — immer sechs nacheinander. Dann eine kleine Pause. Daß man vielleicht bis zwanzig zählen kann. Dann wieder sechs Schuß — und dann wieder die Pause.

Ein Königreich für einen Trunk!

Aus dem nächsten Loch springt einer heraus. Taucht die Gichtale in die braune Jauche. Springt wieder zurück ins Loch. Aber was da in der Gichtale ist, ist doch nichts Tränkbares. Braune Jauche. Frotschlieder schwimmen darin. Doch! Doch —

Der Aufschal birgt noch ein Paar Ratschen. Schmierig sind sie — zum Teufel. Ein Kamerad spannt einen über keine Gichtale, dann wird der kostbare Trunk darübergeschüttet — filtriert!

Und die Schrapnelle krepieren in der Luft; Duzende Minen und Granaten schlagen immer neue Wunden. Regelmäßig — immer sechs nacheinander. Eine Gichtale voll Rah lösch; nicht den Durst so vieler. Da springt wieder einer aus seinem Loch, schöpft seine Schale voll, springt zurück.

Da frocht ein einzelner Schuß. Sekundenlang fällt ein Regen von Zetnen und Erde in die näheren Erdböhlen. Wie es wieder stiller wird, fällt in eines ein Menschenkörper hinunter. Leblos — eine Mine hat dem Mann das Gesicht zerrissen. Hoff kann man im Bilde nicht erkennen, wer der Verdammte ist. Radförmig wird er im Saufen der Granaten und Blasen der Schrapnelle verbunden. Auch das Gesicht wuchtet man vom strömenden Blute frei — Nellis Vater.

Lange wiffen die Angehörigen des Landsturmmannes Kanter nichts von dessen Schicksal.

Bis ein Brief aus einem Spital des Hinterlandes kommt:

„Erst habe ich nicht schreiben können und dann nicht wollen. Durch Monate bin ich zwischen Leben und Tod hingeraumt und man hat nicht gewußt, ob man mir je wieder meine zerrissenen Fetzen zum Leben zusammenflicken kann. Jetzt ist es doch wieder so weit. Nur in den Spiegel darf ich nicht sehen. Gräßlich. Aber man muß doch leben. Wenn ich wieder heimkomme — es wird noch Monate dauern — nimm alle deine Kraft zusammen, daß du vor den zusammengefluteten Fetzen nicht die Haltung verlierst.“

Es dauerte noch über ein Jahr, dann kommt Kanter heim. Nur ein paar Worte hat er vorher geschrieben:

„Ich komme. Nimm alle Kraft zusammen. Gräßlich — gräßlich.“

Frau Cornelia sitzt an der Nähmaschine, als er die Tür öffnet. Dort ihn nicht. Bis er sie anruft: Cornelia!

So schaut sie auf. Inerst horzt sie gedankenlos — ungläubig. Dann schreit sie auf. Schließt die Augen:

„Gräßlich —“

Ein jahntofer Knaben — zerrissene, geflickte Lippen — eine breite rote Narbe, die noch nicht verheilt ist, vom Ohr bis über den Mund hinaus — und was von diesem Gesicht übriggeblieben ist, das spannt sich nun über die Knochen der Wangen — ein fleischloser Schädel greift sie an — ein Totengerippe.

Und dann läßt sie wieder den Kopf sinken und schreit noch einmal auf — gegen ihren Willen:

„Gräßlich!“

„Aber ich hab dir geschrieben, Cornelia.“

Sie schüttelt nur immer den Kopf:

„Es ist zu gräßlich —“

Sie stukt vor ihrer Nähmaschine zusammen und bleibt bewußtlos liegen. Es war zuviel.

Da reißt er sich zusammen, wirft noch einen langen Blick auf sie. Dann geht er hinaus. Ein Augenblick der Stille. Dann ein Knall. So hat mans Neht erzählt. Sie hat ihren Vater nur mehr als Toten gesehen.

Wie ein Rebel im Spätherbst umschwelen Neht Bilder und Erinnerungen. Ohne auf das Raffen der Nähmaschine zu hören, das aus der Küche herdringt, bohrt sie ihren Blick in den immer dunkler werdenden Abend. Noch liegt das Buch vor ihr. Aber sie schlägt es nicht auf. Nur der Titel des Deutsch-Russages beschäftigt ihre Gedanken. Aber sie vermag sich weder zur Arbeit an ihm, noch zu einer anderen Tätigkeit zu zwingen.

Frau Cornelia kommt einmal ins Zimmer, stellt eine brennende Lampe auf den Tisch, dann streicht sie ihrem Liebling einmal sanft über das stroffe, schwarze Haar.

„Bist du noch immer nicht fertig?“

Neht schüttelt den Kopf. Aber sie sagt nichts. Als Mutter wieder hinaus ist und Neht allein, da atmet sie erst einmal aus tiefter Brust auf.

Fertigwerden — fertig! Mit diesen gräßlichen Gedanken, die des Professors Vortrag wachgerufen.

Und neu beginnt sie, mit Zwang ihre Gedanken auf das Thema zu konzentrieren. Fertigwerden! Der Aufsatz muß fertigwerden, schon um von den gräßlichen Gedanken loszukommen. Muß! Muß!

(Schluß folgt.)

Beginn der Wirtschafts-verhandlungen mit Deutschland.

Clearing — Devisen — Einfuhr.

Berlin, 25. April. (C. P. B.) Das deutsche Außenamt hat heute durch Vermittlung der tschechoslowakischen Gesandtschaft die tschechoslowakische Regierung zu Verhandlungen über die Regelung einer Reihe von Devisen- und handelspolitischen Fragen eingeladen. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich in den nächsten Tagen, und zwar über verschiedene Fragen gleichzeitig, begonnen. Es handelt sich einerseits um die Beratung der tschechoslowakischen Vorschläge auf Schaffung eines tschechoslowakisch-deutschen Clearing, andererseits um die Bewilligung von Devisen für die Touristenbewegung und schließlich um die Regelung verschiedener Einfuhrfragen, insbesondere bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Hopsen, Malz, Gerste). Ueber diese landwirtschaftlichen Fragen wird zunächst zwischen den Interessenten der beiden Länder direkt und erst dann zwischen den beiden Regierungen verhandelt werden. Gleichzeitig soll auch über die Regelung der deutschen Einfuhr nach der Tschechoslowakei verhandelt werden.

Besprechung Benes-Macdonald.

Genf, 25. April. Heute vormittags hatte der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benes eine Zusammenkunft mit dem britischen Ministerpräsidenten Macdonald. In einer längeren Unterredung erörterten beide Politiker den bisherigen Verlauf der Abrüstungskonferenz und unterhielten sich weiters über die europäische politische Gesamtsituation, über die Reparationskonferenz in Lausanne sowie über die Frage der mitteleuropäischen wirtschaftlichen Reorganisation.

Was sind Angriffswaffen?

Die technischen Kommissionen in Genf beraten.

Genf, 25. April. Das Büro der Abrüstungskonferenz hat heute vormittags beschloffen, die Arbeiten der Konferenz auf dem Gebiet der qualitativen Abrüstung fortzusetzen. Die technischen Kommissionen werden nunmehr die einzelnen Vorschläge darüber ausarbeiten, welche Waffengattungen für eine qualitative Abrüstung in Frage kommen. Es wird sich dabei insbesondere darum handeln, welche Waffen als ausgesprochene Angriffswaffen anzusehen sind, die sich am stärksten gegen die nationale Verteidigung richten und die eine besondere Bedrohung der Zivilbevölkerung darstellen.

Man rechnet damit, daß die technischen Ausschüsse etwa zehn Tage zu tun haben werden, und daß dann der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wieder zusammentritt, um die Arbeiten gemäß dem vorgesehenen Programm fortzusetzen.

Amerikana.

Die bevorstehende Präsidentenwahl wirft im amerikanischen Kongreß seitlame Schatten voraus. Beide Parteien, die republikanische und die demokratische, wollen dem Kapital zeigen, daß sie ungefährlich seien. Und so ist es zu der grotesken Situation gekommen, daß beide gemeinsam eine Steuer auf alle Käufe aller Waren vereinbarten. Damit soll das Sechsbillionen-Dollar-Defizit gedeckt werden. Es bezeichnet die leichtsinnige amerikanische Wirtschaftspolitik, daß der Staat in all den Jahren der Prosperität und des Ueberflusses im blindesten Vertrauen auf eine ewige Blüte des Kapitalismus genügende Reserven zu schaffen unterließ. Und nun sollte, wie gewöhnlich, durch die Verbrauchsteuer der kleine Mann dafür büßen.

Zusammen mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit — Zahl der Arbeitslosen wird nun schon Millionen geschätzt — hat diese unglaubliche Maßnahme doch genügt, im ganzen Land einen so heftigen Unwillen und eine so deutliche Entrüstung zu zeitigen, daß sich die Parliamentsmaschinen plötzlich von ihren eigenen Leuten, die um ihre Sitze bangen, verlassen sehen. Und die winzige radikale Gruppe um den sozialistischen La Follette von Wisconsin kann ebenso plötzlich eine Reihe von Kapitalsteuern nicht nur vorschlagen, sondern auch durchsetzen. Der Kampf gegen die „Sales Tax“ ist zur Zeit erfolgreich.

Zugleich ist wiederum eine „Bill“ hängig, um radikale Ausländer zu verbannen, radikale Literatur von der Post auszuschließen und radikale Propaganda auszustampfen. Die historische Angst in diesem oberflächlichsten und jähzornigsten aller Länder läßt immerhin vermuten, daß überraschende und plötzliche Entwicklungen nicht unmöglich sind. Besonders wenn die Weisen in Washington so folgerichtig forscher, Ansehen und Umlauf zu verwechseln. Rot, Dunkel, Arbeitslosigkeit, Ungerechtigkeit, Klassenkampf, Zollmauern, Kinderarbeit, Slums, Prostitution und Verbrechenswirtschaft — die sind die „Agitatoren“ und „unerwünschten Ausländer“, die zu verbannen und „auszustampfen“ wären.

Die Preußenwahlen. Nationalsozialisten und Zentrum.

Berlin, 25. April.

Da die bisherige Weimarer Koalition stark in der Minderheit geblieben ist, aber auch die Harzburger Front die Mehrheit nicht erreicht hat, liegt die Entscheidung beim Zentrum, ohne das im neuen Landtag die Mehrheit für ein Reichskabinett nicht vorhanden ist.

Hilfer hat sich zu der neu geschaffenen Lage in Preußen bisher nicht positiv geäußert. Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt dagegen u. a., daß die NSDAP bereit sei, dem Willen des Volkes entsprechend die Regierungsgewalt zu übernehmen, in denen die bisherigen Regierungen in die Minderheit verlegt worden sind; das gelte insbesondere auch für Preußen.

Die „Germania“, das offizielle Organ des Zentrums, macht im morgigen Leitartikel der nationalsozialistischen Presse den Vorwurf, daß sie sich über „die nährlichen Sorgen, die jeder neue Wachstums mit sich bringt“, allzu einfach mit einem „Siegedrausch“ hinwegsetze, der noch

Auch keine Harzburger Mehrheit!

Das Urteil des „Vorwärts“.

Berlin, 25. April. (Eigenbericht.) Der heutige „Vorwärts“ schreibt im Leitartikel u. a.: Rechnen hilft nicht; auch wenn man alles zusammenzählt, was an rechtsbürgerlichen Kräften übrig geblieben ist, gibt es keine Harzburger Mehrheit. „Das Volk will Euch nicht mehr“ war die Parole gegen Weimar und richtig, es gibt keine Mehrheit der Weimarer Koalition mehr. Außerdem gibt es noch verschiedene Andere, was das Volk nicht will, es will kein Harzburger Regime, denn es hat der Rechten die Mehrheit verweigert und es will erst recht kein Hofenkriegsregime, denn von je 1000 Wählern haben nur 35 für Hitler gestimmt, aber 645 gegen ihn. Das Volk hat am 24. April sowohl der gesamten Rechten, wie erst recht der nationalsozialistischen Partei die Vollmacht der Regierung übergeben verweigert. Solange nicht eine neue verfassungsgemäße Regierung gebildet ist, muß die alte Regierung die Geschäfte weiter führen. Es ist selbstverständlich, daß sie demissionieren muß, es ist aber ebenso selbstverständlich, daß sie nicht davonlaufen kann. Das Verbleiben im Amt bis zur Bildung einer neuen Regierung ist für jedes Mitglied des preussischen Kabinetts

dazu diesmal sehr unangebracht sei, da in den meisten Wahlkreisen gegenüber den Resultaten des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl von einem Siege keine Rede mehr sein könne.

Was das Zentrum tun werde, darüber sollte niemand im Zweifel sein: Dem Staate dienen und die Verfassungsgrundlagen schützen; worüber die deutsche Öffentlichkeit aber nicht im Klaren sei, das sei die Frage, wie sich die Nationalsozialisten die nutzbringende Anwendung der von ihnen ererbten Macht denken.

In einer Polemik gegen die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt das Blatt schließlich, für eine Zusammenarbeit in der Regierung seien nicht nur gewisse weltanschauliche Mindestforderungen, sondern auch die Klärung ganz konkreter politischer Fragen und die Sicherung der verfassungsrechtlichen Grundzüge unerlässliche Bedingungen.

unter den gegebenen Umständen ein ungeheures persönliches Opfer. Das wird ihnen auch neue Angriffe einbringen. Also es werden Verhandlungen über eine neue Regierung geführt werden. An diesen Verhandlungen wird die Sozialdemokratie in keiner Weise beteiligt sein. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit noch lange dauern, und solange sie zu einem positiven Ergebnis nicht geführt haben, bleibt es Pflicht der in die Minderheit gebrachten Weimarer Koalition, die Geschäfte weiter zu führen. Nur so kann eine ruhige Linie und Entwicklung gewahrt werden, deren Unterbrechung durch Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art weder vom Staat noch vom Reich gebildet werden kann. Wachsamkeit, Kaltblütigkeit, ungeheure Kampfesfreude bleiben bei der sozialdemokratischen Partei. Nicht zum ersten Male ist es diesmal geschehen, daß die reaktionären Wahlen über Bord schlugen. Bei den Reichswahlen zum Reichstag 1924, die gleichfalls Reichswahlen waren, wurden die Deutschnationalen mit 106 Mandaten die stärkste Partei. Was man heute Harzburg nennt, hatte im ganzen 116 Mandate, die Sozialdemokraten nur 100. Vier Jahre später bei den Wahlen von 1928 war die Sozialdemokratie schon wieder so stark geworden, daß man ihr die Führung der Reichsgeschäfte nicht verweigern konnte. Die Kampfsignale drohen, alle der zur Sozialdemokratie!

Die Wahlen in Oesterreich.

Christlichsoziale Katastrophe. — Die Großdeutschen verschwunden.

Wien, 25. April. (Eigenbericht.) Die Sozialdemokratie hatte in Wien früher 58,27 Prozent der Stimmen. Jetzt hat sie 58,86 Prozent, hat also ihren Stand nahezu unverändert aufrechterhalten. Der Ausfall von etwa 20.000 Stimmen rührt lediglich von der geringeren Wahlbeteiligung her. Obwohl die Zahl der Gemeinderatsmandate von 120 auf 100 verringert wurde, hat die Sozialdemokratie den Prozentsatz ihrer Mandate erhöht, nämlich von 65 Prozent auf 66 Prozent. Die Kommunisten haben 20.000 Stimmen erhalten, das ist um 10.000 Stimmen mehr als bei den letzten Wahlen im November 1930. Sie haben aber kein Mandat errungen, wohl aber durchgesetzt, daß die Sozialdemokratie dadurch um das 37. Mandat gekommen ist, das ihnen die Zweidrittelmehrheit verleiht und sie von den Christlichsozialen vollständig unabhängig gemacht hätte.

Die Sozialdemokraten haben alle Bezirksvorsteher von Wien erhalten und den Christlichsozialen en auch in den fünf bürgerlichen Bezirken die Bezirksvorsteherstellen abgenommen.

Die Christlichsozialen haben außerdem auch noch fünf Bezirksvorsteherstellvertreter an die Nationalsozialisten verloren. In den Bezirksvertretungen haben die Sozialdemokraten 372 Mandate, die Christlichsozialen 140, die Nationalsozialisten 116 und die Kommunisten ganze zwei Mandate erhalten, nämlich in Favoriten und Donaustadt je ein Mandat. Die Christlichsozialen verlieren die Stelle des Bezirksamtsleiters von Wien, die sie seit dem Umsturz immer inne hatten. Die Bezirksmeisterstelle fällt nun den Sozialdemokraten zu. Die Christlichsozialen verlieren auch zwei Stadtratsmandate an die Nationalsozialisten. Das Verhältnis im Stadtrat wird nun folgendes sein: Acht Sozialdemokraten, zwei Christlichsozialen und zwei Nationalsozialisten.

Die Christlichsozialen verlieren ferner in Wien auch zwei Bundesratsmandate, von denen die Sozialdemokraten eines erhalten dürften, die Nationalsozialisten das andere. Die Sozialdemokraten gewinnen auch in Niederösterreich ein Bundesratsmandat auf Kosten der Christlichsozialen. Die Christlichsozialen hatten bisher im Bundesrat von 50 Mandaten 25 und werden jetzt voraussichtlich nur noch 21 Bundesratsmandate haben, also nicht mehr die absolute Mehrheit. Voraussichtlich werden die Christlichsozialen auch in Salzburg ein Bundesratsmandat verlieren.

Die Christlichsozialen haben auch die Mehrheit für den niederösterreichischen Landtag verloren.

Bisher hatte der niederösterreichische Landtag 60 Mandate, von denen 31 den Christlichsozialen gehörten. Die Zahl der Mandate ist aber auf 56 herabgesetzt worden, die Christlichsozialen werden jetzt nur noch 28 Mandate haben. Die Sozialdemokratie hatte von den 60 Mandaten 21; nach der Verringerung der Mandate hätten aber auf die Sozialdemokraten 19 entfallen sollen, sie haben aber in Wirklichkeit 20 erhalten, also ein Mandat gewonnen; sie werden dadurch auch ein Bundesratsmandat von Niederösterreich mehr erhalten.

Der Verlust der Christlichsozialen in Wien beträgt 16 Gemeinderatsmandate und 104 Bezirksratsmandate, während die Großdeutschen aus dem Wiener Gemeinderat und den Landtagen von Niederösterreich und Salzburg vollständig verschwinden.

Ueber die politische Wirkung des Wahltages schreibt die „Arbeiter-Zeitung“:

„Von Jahre 1897 bis zum heutigen Tage war der Inhalt des politischen Lebens in Wien der Kampf zwischen Sozialdemokratie und Christlichsozialen.“ Der Kampf ist nunmehr entschieden.

Unsere ältesten, stärksten und mächtigsten Gegner liegen nunmehr besiegelt am Boden. Allerdings liegt zugleich ein neuer Gegner auf. Gefördert durch die Hofenkreuzerwahlen in Deutschland, haben die Hofenkreuzer auch hier einen Erfolg zu verzeichnen. Aber nicht auf unsere Kosten; sie haben die Großdeutschen, die Hofenkreuzer und zum Großteil die Christlichsozialen beerbt. Das Erstarken der Hofenkreuzer stellt uns vor eine neue Aufgabe, wir werden sie zu bewältigen wissen. Wir haben in jahrelangem Kampfe die Christlichsozialen geschlagen, sie sind eine niedergebende Partei, die niemals mehr aufstehen wird. Wir haben in den letzten Jahren den Hofenkreuzer geschlagen, wir werden den Faschismus in Gestalt des Hofenkreuzers zu schlagen wissen!

Eine bürgerliche Stimme zum Wahlausgang.

Wien, 25. April. In dem Ausgange der österreichischen Wahlen schreibt das „Wiener Montagsblatt“: Aus dem Wilde, das die geistigen Wahlen bieten, geht klar die Richtung der parteipolitischen Entwicklung in Oesterreich zum Dreiparteiensystem hervor. Die Spalterparteien haben abgehört. Neben den großen Fronten der Sozialdemokraten und der Christlichsozialen scheint die nationalsozialistische Partei zu einem Sammelboden der großen Masse jener geworden zu sein, die zwischen diesen beiden Parteien gestanden waren und durch Enttäuschung und Unzufriedenheit nunmehr nach rechts abgedrückt worden sind.

Gemeindewahlen im Teplitzer Bezirk.

Donnerstag, den 24. April, fanden in nachstehenden Gemeinden Wahlen statt. In der ersten Kammer führen wir das Ergebnis der Parlamentswahlen vom Jahre 1929 und in der zweiten Kammer das Ergebnis der letzten Gemeindewahlen vom Jahre 1928 zum Vergleich an.)

Schwald. Abgegebene Stimmen 2650 (2465); (2415); hiervon gültig 2626 (2463) (2413); es erhielten: Deutsche Sozialdemokraten 1022—12 (1069) (1205—15); tschechische Sozialdemokraten 126—1 (88) (0); Kommunisten 388—4 (302) (237—3); Deutsche Nationalsozialisten 356—4 (162) (169—2); Deutsche Christlichsoziale 167—2 (342) (227—3); Deutsche Nationalpartei 61—1 (136) (88—1); Deutsche Gewerkschaften 231—3 (286 mit B. d. L.) (194—2); Sozialdemokraten 243—3 (0) (193—3).

Tschou. Abgegebene Stimmen 1673 (1506) (1484); hiervon gültig 1667 (1506) (1481); es erhielten: Deutsche Sozialdemokraten 653—12 (630) (629—13); tschechische Sozialdemokraten 138—3 (138) (127—3); Kommunisten 341—6 (245) (273—5); Deutsche Nationalsozialisten 139—2 (125) (129—3); Deutsche Christlichsoziale 117—2 — gemeinsam mit dem B. d. L. Deutsche Gewerkschaften 192—4; tschechische Nationalsozialisten 87—1 (74) (63—1).

Weselsch. Abgegebene Stimmen 532 (464) (423); hiervon gültig 522 (464) (423); es erhielten: Deutsche Sozialdemokraten 281—8 (247) (231—8); Wohlgemeinschaft 146—4 (0) (120—4); sonstige tschechische Parteien 95—3 (38) (72—3).

Serbis. Abgegebene Stimmen 469 (372) (355); hiervon gültig 444 (372) (352); es erhielten: Deutsche Sozialdemokraten 121—4 (134) (144—6); tschechische Sozialdemokraten 204—7 (98) (109—5); deutsche Wohlgemeinschaft 119—4 (0) (99—4).

Meinungsz. Abgegebene Stimmen 1303 (1148) (1136); hiervon gültig 1303 (1148) (1120); es erhielten: Deutsche Sozialdemokraten 652—15 (595) (618—17); tschechische Sozialdemokraten 99—2 (101) (95—3); Kommunisten 118—3 (105) (78—2); Deutsche Nationalsozialisten 212—6 (116) (131—3); Bund der Landwirte 59—1 (0) (77—9); sonstige tschechische Parteien 133—3 (119) (131—3).

Proletis. (Triebvertretung) Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei 228 Stimmen, 8 Mandate (10); tschechische Sozialdemokraten 10 Stimmen, 1 Mandat (1); Vereinigte deutsche Parteien 182 Stimmen, 4 Mandate (7); tschechische Nationalsozialisten 59 Stimmen, 1 Mandat (2); Kommunisten 189 Stimmen, 5 Mandate (4); vereinigte tschechische Parteien 61 Stimmen, 1 Mandat (0); Unpolitische Wirtschaftspartei 173 Stimmen, 4 Mandate (0).

Bergittete Waffen

im Kampfe gegen die tschechische Sozialdemokratie.

So wie unsere Partei von allen übrigen deutschen Parteien rechts und links von uns auf das heftigste angegriffen wird, so ist auch die tschechische Sozialdemokratie in Böhmen schärfster Angriffe seitens der tschechischen Parteien. Wir welchen Mittel da gearbeitet wird, lehrt folgende Stelle in dem sonntägigen Leitartikel der „Lidove Listy“, des Hauptblattes der tschechischen Arbeiter, worin über den Gesetzentwurf betreffend die Verfüzung der militärischen Dienstzeit geschrieben wird. Es heißt da:

Die Zeit der Tagung der internationalen Konferenzen für die Herabsetzung der Abrüstungen ist geeignet zur Durchföhrung dieses Gesetzes, dessen Durchföhrung die tschechische Sozialdemokratie zu einer Frage ihres Rechtstreitiges macht und dies mehr vor der deutschen Sozialdemokratie als vor ihren eigenen Wählern.

Es ist wirklich nicht notwendig, über eine solche Verleumdung der tschechischen Sozialdemokratie auch nur zu reden, wir wollen dies nur festhalten, um unseren Genossen zu sagen, mit welcher vergifteten Waffe die tschechischen bürgerlichen Parteien den Kampf gegen die tschechische Sozialdemokratie führen.

Interessant ist übrigens auch, daß es gerade die tschechische Herrliche Partei ist, welche sich so heftig gegen den Abbau der Rüstungen und die Verkürzung der Dienstzeit wendet. Von welchem Geiste die Stramel-Partei befeelt ist, zeigt noch die nachstehende Stelle aus dem angeführten Artikel:

Die Tschechoslowakei ist aus dem militärischen Siege Frankreichs und aus der Niederlage Deutschlands entstanden, sie ist also ein Machtprodukt. Das können die Pazifisten beklagen, aber man kann es nicht ändern. Das Interesse derjenigen, die uns zum Leben verhalten an unserer politischen Existenz, wird nur insoweit andauern, insoweit wir eine feste Stütze der durch den Sieg begründeten europäischen Ordnung sein werden. Wir können uns nicht anschauen, was wir wollen, sondern müssen auch die schweren Folgen des Nierenurteiles tragen, den man hässliche Selbständigkeit nennt.

Man sieht also, die Tschechoslowaken stellen die Existenz der Tschechoslowaken auf nichts anderes als auf die Macht von Bajonetten, Kanonen und Giftgasen. So das gerade Christen regieren, überlassen wir dem Urteil der Öffentlichkeit.

Tagesneuigkeiten

Ein Ambulatorium für Berufskrankheiten an der Deutschen Universität in Prag.

Am 29. März d. J. wurde an der Deutschen Universität in Prag eine Ambulanz für Berufskrankheiten eröffnet. Diese Ambulanz beschäftigt sich nicht nur mit der Diagnostik der Krankheiten und ihrer Behandlung, sondern vor allem auch mit der Verhütung. Es ist vor allem Aufgabe der Ambulanz, die Berufsschädlichkeiten und ihre Einwirkung auf den menschlichen Körper zu erforschen und Mittel und Wege zu deren Verhütung zu finden. Mit der Unterstutzung kann gegebenenfalls eine Berufsberatung verbunden werden.

Das Ministerium für Schulwesen und Volkshilfe hat diese Ambulanz eingerichtet, da auch in anderen Ländern wie Deutschland, Italien, Frankreich etc. analoge und viel weiter ausgedehnte Einrichtungen im Sinne von Kliniken bestehen, welche eine rasche Tätigkeit entfalten und sowohl in praktischer als auch in wissenschaftlicher Richtung sehr viel zum Ausbau des neuen und modernsten Gebietes der Medizin, der Berufskrankheiten, beigetragen haben.

Mit der Leitung dieser Abteilung wurde Prof. Dr. J. Šubán betraut und es finden vorläufig die Ambulanzstunden an jedem Dienstag und Freitag von 11 bis 1 Uhr statt. Die Untersuchung erfolgt unentgeltlich, eventuelle Spezialuntersuchungen, wie z. B. die Röntgenuntersuchungen unterliegen den Tarifen des allgemeinen Krankenhauses in Prag.

Das Ambulatorium befindet sich im hygienischen Institut der Deutschen Universität, Prag II, Břehova 7, in der Gegend des Albertov und ist erreichbar durch die Linien der elektrischen Bahn Nr. 14 (Albertov) und Nr. 8 (Endstation). Von der Endstation der Linie Nr. 8 führt der Weg an der Landesfindenanstalt vorbei zu Treppen, welche direkt in die Břehova gehen.

Basa-Flugzeug abgestürzt.

Zwei Todesopfer.

Am 21. April. Heute früh startete auf dem Flugplatz in Otrovice ein Doppeldecker der Firma Bosa, an dessen Bord lag der Pilot Ruzicko und ein Passagier namens Franz Duzak. Kurz nach dem Start wurde das Flugzeug aus bisher unbekannter Ursache längs des Flügels ab, stürzte zu Boden und wurde zertrümmert. Der Pilot und der Passagier sind ihren Verletzungen erlegen. Die Ursache des Absturzes wird untersucht.

Ein keirischer Altbürgermeister von einer Bombe zerrissen.

Auch sein Begleiter getötet.

Prag, 23. April. (RM) Als heute abends der Altbürgermeister von Andrih, hochkräftiger, nach Hause kam, explodierte bei der Tür seines Hauses eine Bombe, die ihn und den in seiner Begleitung befindlichen Sattlermeister Kubian in Schutt und Asche warf. Beide waren auf der Stelle tot. Von dem Urheber ist bisher keine Spur vorzuliegen. Auch das Motiv konnte bisher nicht geklärt werden. Die beiden Getöteten gehörten früher der kommunistischen Partei an, haben sich aber in den letzten Jahren politisch überhaupt nicht mehr betätigt. Eine Version glaubt, daß es sich um ein kommunistisches oder nationalsozialistisches Attentat handelt, eine andere Version hält einen Raubmord für möglich.

Justiz im Schlafzimmer der Wahrlagerin.

Wieder ein tolles Bild aus dem Skandal-Prozess. Berlin, 25. April. Alle am Skandal-Prozess beteiligten sowie viele Gerichtsbeihilfer trafen sich heute in der Wohnung der Wahrlagerin Frau Sedler, die Max Skarel die Zukunft vorhergesagt und jetzt samt zu Witz liegt. In Frau Sedlers Wohnung hatte man eine Kautionsprache-Anlage eingebaut und das Kronleibchen so aufgestellt, daß es über der Schwelle in zwei Himmeln stand. Bei ihrem Vorgehen war ein Klirren zu hören. Im Schlafzimmer hatte man die Presseperforator einen Tisch bereitgestellt, ebenso für das Gericht. Auch für die Juristen war gesorgt. Der Vorsitzende verordnete Frau Sedler, eine Stühlerlei zu bringen, die von religiöser Art mit besonderer Betonung sei. Die die Juristen anlegte, hat die Frau Skarel im Jahre 1919 oder 1920 durch Kriminalkommissar E. D. Grünwacker, kenne gelernt. Sie sagte Max Skarel, „was sie sah“, und erklärte ihm: „Wir müssen über das Tempelhof-Feld gehen, und zwar nach Westin. Da werden Sie einen Herrn an einem kleinen Tischchen sehen. Der ist ein Herr, der nicht fragt. Sie dürfen Herrn, er wird Sie nicht fragen.“ Die Frau Skarel befolgte diesen Rat und ging nach Westin. Da stand an einer Ecke ein Herr und sah aus einer Ecke. Er fragte sie, an wen er sich wenden solle. Sie sagte: „Da ist er.“ Er sagte: „Da ist er.“ Es war Herr Sedler. Dann habe ich, so erklärte die Frau Sedler, Max Skarel noch ein anderes Versteck im Keller gezeigt. In mir kam ein Herr mit dem Titel eines Präsidenten. Der Herr, der den Brief brachte, war ein Dr. Beder. Ab heute erst Dr. Beder ist tot, er hat aber, daß er den der Reichsgerichtsausschuss ab; wer

Stüchtiger Zentraldirektor, der sieben Millionen unterschlug!

Stechbrief gegen Karl Jaischel, den Zentraldirektor der Parisch-Mönichischen Unternehmungen.

Währ.-Osterr., 25. April. Heute vormittags hat der Rechtsberater der Parisch-Mönichischen Unternehmungen bei der Staatsanwaltschaft in Währ.-Osterr. die Strafanzeige gegen M.Dr. Karl Jaischel, Zentraldirektor der Parisch-Mönichischen Unternehmungen, wegen Unterschlagung von sieben Millionen Kronen erstattet.

Dr. Jaischel hatte die Stelle eines Zentraldirektors der genannten Unternehmungen seit dem Jahre 1925 inne. Im Jahre 1928 ließ Dr. Jaischel bei der Böhmischen Industriebank, Jitavale Währ.-Osterr., wo die Firma etwa fünfzehn Konten besaß, ein Konto für die Zentraldirektion der Unternehmungen eröffnen, über das er als Zentraldirektor mit Prof. Dr. selbst verfügte.

In den Jahren 1929-30 hebte Doktor Jaischel von diesem Konto sieben Millionen Kronen. Im Jahre 1930 ließ er von diesem Konto noch 402.000 Kronen auf ein anderes überschreiben. Er war im Februar d. J. begangen man sich mit der Reorganisation der Verwaltung der Parisch-Mönichischen Unternehmungen und mit der Aufhebung der Zentraldirektion zu befassen. Deshalb erhielt Dr. Jaischel Urlaub, von dem er nicht mehr zurückkehren sollte. Mitte April d. J. hebte die Direktion der Parisch-Mönichischen Unternehmungen von einem anderen Konto bei der Böhm. Industriebank sieben Millionen Kronen, wo sie ein Guthaben von acht Millionen hatte. Als dies der Direktor der Bank feststellte, fuhr er nach Kamin, wo er auf das Sonderkonto verwies, das einen Sollposten von sieben Millionen aufwies, und wo er um Aufklärung ersuchte. Nach einer vorgenommenen Revision wurde festgestellt, daß von diesem Sonderkonto bei der Firma niemandem etwas bekannt war und daß über dieses Konto einzig nur Dr. Jaischel disponierte. Es wurde weiter festgestellt, daß die Posten, die dieses Konto enthielt, nirgend gebucht waren. Dr. Jaischel wurde beauftragt, um die Angelegenheit aufzuklären, worauf er antwortete, er fahre nach Prag, um die Unterlagen zu beschaffen. Dabei versprach er, bis 22. zurückzukommen.

Da er bereits am 25. d. nach Argentinien abreisen sollte, um dort eine Osterr. Loge, deren Vorsitzender er war, zu vertreten.

Der Stüchtigkeit halber wurde ihm vor seiner Abreise nach Prag der Pass abgenommen. Bis Samstag kehrte Dr. Jaischel jedoch nicht zurück, weshalb ein Stechbrief gegen ihn erlassen wurde. Auch ein internationaler Stechbrief wird gegen Jaischel erlassen werden.

Der Stechbrief.

Die Währ.-Osterr. Polizeidirektion hat nach Sonntag einen Stechbrief gegen den Beschuldigten erlassen, der auch an die österreichischen Staaten weitergegeben wurde. Er hat folgenden Wortlaut:

M.Dr. Karl Jaischel, Zentraldirektor, geboren 1888 in Wien, zuständig nach B. d. U. Nr. 120, ist 180 Zentimeter groß, auffallend stark, braune Haare, etwas angegraut, englisch gekrümmte Schnauze, rundes volles Gesicht, hat langschneidige, trägt Brille, spricht tschechisch, deutsch, englisch, französisch, ungarisch und andere Sprachen. Genannt wird wegen Unterschlagung von circa 7 Millionen Kronen verurteilt. Um Auslieferung auf diplomatischem Wege wird ersucht.

Dem Beschuldigten fehlt jede Spur. Er sollte im Zuge einer bei Parisch-Mönich vorgenommenen Reorganisation am 1. April seines Dienstes entlassen und abgefordert werden. Die Uebergabe der Akten wurde von Jaischel jedoch vor Woche zu Woche hinausgeschoben. Am 18. April wurde er um Verlassung bis 22. Am 19. April ist er spurlos aus Osterr. verschwunden, am 20. wurde er zuletzt in Prag gesehen.

Seine Prager Wohnung, die er gleichzeitig auch als Büro benutzte, hat er bereits am 7. April geräumt.

Ein Sonderzug aus Sachsen.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Gau Sachsen, führte am 24. April d. J. einen Sonderzug in das böhmische Elbtal und Mittelgebirge nach Zalesel und Kilschleichen-Rottomirsch. Dieser traf in der siebenten Morgenstunde in Kuffia ein. Für die vierzehn vorgehenden Touren stellten die Ortsgruppen Kuffia, Predlitz des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ die Führer. Auch hatten sich viele hiesige Naturfreunde den einzelnen Führungen angeschlossen. Leider war es den Gästen nicht vergönnt, das Elbtal in der schönsten Baumblüte anzutreffen. Trotzdem erlebten wir einige frohe Stunden mit den sächsischen Wandergenossen, in den schönen Elbe-Bergen. Gegen 20 Uhr traf der Sonderzug wieder in Kuffia ein, wo Abschied genommen wurde. Mit kräftigen „Berg kräusen“ brauste der Sonderzug der sächsischen Heimat entgegen.

Nothchild wird verhört. Aus Wien wird gemeldet: In Sachen der Kreditanstalt wurde Samstag Baron Louis Nothchild, der ehemalige Präsident des Verwaltungsrates, vom Untersuchungsrichter vier Stunden verhört. Das Verhör wird in der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Von einem Grabstein geübt. In Kaschau spielten auf dem alten Friedhofe „Auf dem Calvarienberge“, wo viele alte Gedenksteine zusammenzufallen drohen, Sonntag nachmittags mehrere Kinder, darunter der neunjährige Schüler Johann Dolanik. Dolanik näherte sich einem großen, bereits vorübergehenden Gedenkstein, der auf den Knaben stürzte, der auf der Stelle getötet wurde. Mit welcher Wucht der Stein auf den Knaben gefallen war, geht daraus hervor, daß der Kopf des unglücklichen Kindes bei dem Unfall buchstäblich in die Erde gedrückt wurde.

Italiens Einwohnerzahl: 41 Millionen. Die definitiven Daten der italienischen Volkszählung vom 21. April 1931 werden förmlich bekanntgegeben. Sie unterscheiden sich nur wenig von den provisorisch bekanntgegebenen. Danach betrug die Zahl der Einwohner insgesamt 41.709.581 gegenüber den ursprünglich um rund 500.000 mehr gezählten. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß in der Zählung auch jene zeitweilig Abwesenden mit eingerechnet waren, mit deren Rückkehr vor dem 1. Dezember 1931 gerechnet wurde.

Gedenkstiftung Tod. In Miami (Florida) wurde der junge, bekannte Flieger und Journalist Harry G. Galt Donnerstag von der Wille, in welcher er mit der Legation Frau J. H. Kelly-Waller und ihrem leiblichen Berater Kapitän William Vanover wohnte, mit einer schweren Schussverletzung aufgefunden. Er fand kurz nach der Ueberführung ins Krankenhaus. Frau Kelly-Waller ist durch ihren Redeflug nach Kolumbien bekannt geworden. Der Staatsanwalt glaubt, daß Galt das Opfer eines „Black-red-act“ geworden ist, doch steht noch nicht fest, ob es sich um Rache oder Selbstmord handelt. Es besteht auch die Vermutung, daß Galt von den Agenten eines Schmutzbandes erschossen worden ist. Galt hatte nämlich vor einiger Zeit den Antrag, eine Fingerabdruck von Miami nach Berlin zu schicken, abgelehnt, da er feststellte, daß es sich hier um einen Schmutzband handelt würde.

Vom Rundfunk

Ist der Radiogenitor ein agrarischer Sekretär?

Zu seiner Sonntagsummer führt das „Pravo Ydu“ eine ganze Anzahl von Zitate aus der letzten Zeit an, in welchen die Genitor des Radiojournals unter den wichtigsten Vorwänden Stellen aus dem Programm der Arbeiterbewegung gestrichen oder ganze Sätze verhöhnt hat. Dazu bemerkt das Blatt:

Wir wollen voraussetzen, daß die Radiogenitor in der Tschechoslowakei weder blind noch verblödet geworden ist. Gott schütze uns vor solchen Gedanken... Wenn man die Tätigkeit des Radiogenitors verfolgt, muß man jedoch zur Ueberzeugung kommen, daß sie durch logische Ueberlegung nicht zu erklären ist.

Aber auch im Wahnwitz findet ein Solches. Wieso kommt es, daß die Streichungen nur die Bereiche der Arbeiterbewegung treffen? Wieso kommt es, daß z. B. am 18. April Ing. Šedivka im Rundfunk für die Industrie und Handel gegen die Sonntagsruhe in den Geschäften agitierte und der Genitor in dieser Aktion nichts sah, was unter den Zuhörern Zustimmung hervorrufen könnte, wenn nach den Ansichten des besagten Genitors bei einem Teil der Zuhörer Zustimmung durch die bekannte Tatsache hervorgerufen werden kann, daß Kasařů seine bestimmte Ansicht über das Genossenschaftswesen hat. Wieso kommt es, daß der Rundfunkhörer nichts über die Eröffnung Karpaschorkland erfahren darf? Wieso kommt es, daß das Radijournal Angehörige der Agrar- und der Gewerkschaft reden läßt, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, aber Vorträge von Menschen aus dem sozialistischen Lager systematisch ausschließt? Wer ist eigentlich dieser Genitor im Radijournal?

Der Genitorpraxis des Radiojournals werden wir nicht ruhig zusehen. Die Agrarier glauben, daß der Rundfunk ihre Domäne ist, obwohl die Anzahl der Hörer aus den Reihen der Landwirtschaft sie dazu nicht berechtigt. Diese Ueberzeugung der Agrarier, daß sie im Radijournal modifizieren, was sie wollen, ist so stark, daß ihr Organ sich nicht scheut, einen Angriff zu unternehmen, wenn ein Vortrag des Genossen Karl Kautsků angelehrt werden soll... Daß sie es wagen, diesen Angriff nur darauf zu unternehmen, weil ein sozialistischer Führer im Rundfunk sprechen soll, während die Ausendung aller möglicher sozialistischer Museen mit Ansprachen agrarischer Politiker genehmigt wird, ist charakteristisch. Diese agrarische Freiheit hat ihre Gründe. Und diese wurzeln eben in dem Bewußtsein, daß die Agrarier im Genitor des Radiojournals eine feste Stütze haben.

Empfehlenswertes aus dem Programm des Rundfunk.

Prag: 11.00 Schallplatten, 15.30 Florenz von Hugo Wolf, 18.00 Schallplatten, 18.25 Arbeiterbewegung: Dr. Robert Voynigartel (Prag): Justiz und Gesellschaftsreform: deutsche Sendung: Schallplatten, 19.20 Einführung zur Oper: 19.30 „Schöner“, Oper von Dvořak. — Brünn: 15.30 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung: Schallplatten, Arbeit und Leben, 18.00 Cembalokunst. — Hamburg: 20.15 Volks- und Landestheaterlieder. — Königsberg: 19.00 Mandolinenkonzert. — Leipzig: 19.30 Opernabende. — München: 19.10 Jüdischer Humor. — Wien: 21.00 „Jüdischer Humor und Rassenkampf“ von Alfred de Musset, 22.00 Tanzmusik.

Naturfreunde-Bewegung.

Gründung des Böhmisches Bergsteigerbundes. Nach den Beschlüssen des letzten Bergsteiger-Treffens in Sedwitsa fand am 17. April d. J. in Bodenbach die konstituierende Sitzung des Böhmisches Bergsteiger-Bundes im Touristenverein „Die Naturfreunde“ statt. Anwesend waren die Ortsgruppen Bodenbach, Letichau, Böhm.-Leipa, Böhm. Kuffia und Sedlitz Polana. Der Vorsitzende Wg. Storch eröffnete und begrüßte alle Vertreter und überbrachte gleichzeitig die Grüße und Glückwünsche des Reichsausschusses. Der Referent sprach eingehend über den Zweck und die Ziele des neuen Bundes, es soll eine Grundlage geschaffen werden, die die Gewähr gibt, für die Zukunft ein gedeihliches Arbeiten zu ermöglichen. Aus den Berichten der einzelnen Gruppen, die eine gesteigerte Tätigkeit aufzuweisen hatten, ging hervor, daß es notwendig erachtet, weiteren Bergsteigergruppen, wie in den früheren Jahren, zu veranstalten. Es wurde beschlossen, diese im Gebiete Stran bei Wien bei am 29. Mai d. J. abzuhalten.

Für die einrückenden Genossen findet am 18. September d. J. auf den Rostenstein (sächsisch-Schweiz) eine Bergsteiger-Abchiedsfeier statt. Noch viele organisatorische Fragen fanden erledigung. Der Bundesbeitrag beträgt derzeit fünf Kronen pro Jahr. Weiters möge die Anmeldung zur Unfallversicherung im eigenen Interesse vorgenommen werden. Die Jahresprämie beträgt 14.30 K mit den Leistungen: 500.— K bei Todesfall, 500.— K bei bleibender Invalidität und 5.— K bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit.

Genosse Storch streifte im Schlußwort noch einmal die geplanten Arbeiten mit der Aufforderung, durch rasche Propaganda und Mitarbeit für unsere schöne Sache einzutreten und sich die Tagung mit einem herrlichen „Berg kräusen“, Bergsteigerdolk, an die Arbeit!

Rosastrahliger Dammbruch. In Karmer (West-Virginia) wurde infolge eines Bruches des den Berg eine Straße stützenden Dammes durch den abstürzenden Hang fünf Personen getötet, sieben Personen vom Erdreich verschüttet und sieben Personen verletzt.

Tod beim Faddeln. Bei Satow feierte gestern nachmittags auf der Dabel der Chauffeur Behmann, der mit seiner Ehefrau und seinem Tochterlein dort eine Faddelbootsfahrt unternommen hatte. Während sich die Frau noch am Boot festhalten konnte, ging der Mann, der das Rind am Arm hatte, unter.

Die Celebes-Expedition. Nach zweijähriger Abwesenheit: lehrte die deutsche Celebes-Expedition nach Berlin zurück. Die Expedition, an der außer dem Zoologen Gerd Heintzsch dessen Frau und Schwägerin teilnahmen, hat im Auftrag der Berliner Universitäts- und des amerikanischen Naturgeschichtlichen Museums in New York die Insel Celebes (eine der großen Sundainseln) durchforscht. Es gelang der Expeditionsteilnehmern in bisher unbekannte Gebiete vorzudringen; so wurde der bisher nur ein einziges Mal von einer holländischen Militärpatrouille begangene 3500 Meter hohe Vulkanfelsen Gipfel erstiegen. Die wissenschaftliche Ausbeute ist beträchtlich.

Ein Wort der Friedensengel.

Aus Genf wird diese folgenschwere Entscheidung gedruckt:

Bei Anwendung des Grundgesetzes der qualitativen Abrüstung ist, nach Auffassung der Konferenz, erforderlich, daß die zuständigen Sonderausschüsse die Rüstungen zur See, zu Lande und in der Luft prüfen, und die Waffen zu bestimmen, die am ausgesprochensten einen offensiven Charakter haben oder gegen die nationalen Verteidigungsanlagen am wirksamsten sind und für die Zivilbevölkerung die größte Bedrohung darstellen.

Nach einigem Nachdenken kommt man vielleicht doch hinter den Sinn dieser Friedensschmelze: die Menge der Rüstungen wird vorläufig nicht beschränkt, dafür sorgen ihre Qualität. Und darüber werden diejenigen zuständigen Ausschüsse zu entscheiden haben, die zur Vorbereitung dieser Abrüstungskonvention und ihrer Entscheidungen ganze sieben Jahre gebraucht haben; wer also gesund ist, dürfte doch noch erleben, daß trotz des Grundgesetzes der nationalen Integrität und der international anerkannten Notwendigkeit der Landesverteidigung und der vertragsmäßig bestehenden und unbedingt notwendigen Achtung vor den bestehenden Verträgen die Herren technischen Sachverständigen, ohne einen Landesverrat zu begehen, doch noch dahinterkommen werden, welche Waffen zu verbieten sind, damit die patriotische Rüstungsindustrie an den verbleibenden Waffen umso mehr verdienen kann. Ich möchte den Herren aus Genf etwas helfen. Wie wäre es, wenn man vor allem das Phosphorgas verbieten würde, das durch keine Maske aufzuhalten ist und jede Haut vernichtet; und dann die Elektrizität zu verbieten, die eine Hitze von 3000 Grad entwickeln und durch kein giftiges Giftmittel erstickt werden kann, also unauflöslich Brände erzeugen müssen? Oder wenn man sich, ohne die milden Herrn Techniker erst jahrelang alimentieren zu müssen, ein Mittel für allemal gegen den Bakterienkrieg entscheiden würde, oder gegen die Kampfflieger, die in wenigen Tagen den größten Teil Shanghais in ein rauchendes Trümmer- und Leichenfeld verwandeln konnten? Eines ist sicher: es wird nunmehr wieder eine Weile dauern, bis in einer neuen Resolution neue Eventualvorstellungen gefaßt werden, welche Waffen jenen ausgesprochen offenen Charakter haben, der Herrn Fardien zu jenen Maßnahmen bewegen könnte, die seine Generale mit der Abweisung ihrer Art für vereinbar halten; Frankreichs Ansicht ist nicht mehr „Höllerr“. Mittlerweile erledigt Japan mit und ohne verbotene Waffen seine Privatmenschenmorderei.

Gefetz aus dem Jahre 1707.

London, 22. April. (Reuters.) Heute vormittags wurde im Unterhause ein besonderer Beschluss gefaßt, welcher die Verfassung des Geldes aus dem Jahre 1707 endgültig zu erledigen. Gestern war unter anderem im Oberhause ein in Verfassendheit gesetztes Gesetz aus dem Jahre 1707 erledigt worden, welches unter Befehlung großer Geldstrafen den Inhabern einiger Kronämter, unter anderem auch dem Präsidenten des Handelsamtes, untersagte, Mitglied des Unterhauses zu sein. Heute vormittags wurde deshalb die Beratung der Tagesordnung im Unterhause unterbrochen, damit dieses in einer eigenen Sitzung in sämtlichen drei Etappen einen Beschluss über diesen und anderen Punkte, durch welchen der gegenwärtige Präsident des Handelsamtes, Runciman, und neun andere ehemalige Präsidenten dieses Amtes, darunter auch Baldwin, von sämtlichen Geldstrafen freigesprochen werden, welche deshalb zahlen müssen, weil sie, ohne davon zu wissen, das Gesetz vom Jahre 1707 übertreten hatten. Das Gesetz, welche Runciman bestrafen sollte, hätte bereits ein Betrag von 30000 Pfund Sterling, und die Gesamtsumme, welche Runciman und seine neun Vorgänger hätten bezahlen sollen, bereits nicht als einen Betrag von 300000 Pfund Sterling erreicht, denn für jeden Tag, in welchem der Präsident des Handelsamtes Mitglied des Unterhauses ist, ist durch das erwähnte Gesetz vom Jahre 1707 eine Geldstrafe von 500 Pfund Sterling festgesetzt. Das neue Gesetz, durch welches die in Verfassendheit gesetzten Bestimmungen aufgehoben werden, wurde vom Unterhause angenommen und sofort dem Oberhause übermittelt, welches es in allen drei Lesungen am Montag beraten und annehmen wird.

Farmerjustiz.

Nicht Keger warten auf Gnade. — Die Kronprinzessin von Alabama. — Ein bisher unveröffentlichter Brief des Arbeiterführers Rooney.

New York, Ende April. (Fig. Ver.)

In Scottsboro im Staate Alabama (M.A.) wurden acht Jungmänner zum Tode verurteilt. Sie sollen eine Frau vergewaltigt haben. Am 13. Mai sollten die Keger hingerichtet werden. Inzwischen ist der Hinrichtungstermin auf den 24. Juni verschoben worden, weil die Verteidigung noch Gelegenheit erhalten soll, gegen das Urteil beim Bundesgericht in Washington Berufung einzulegen.

Kegerhandel.

Scottsboro, ein Farmereck wie hundert andere, liegt im Staate Alabama, im Lande des Hüttenraus, mitten im Baumwollbezirk des schwarzen Gürtels von Amerika. Treierlei handelt man in dieser Stadt: Baumwolle, Zuckerrohr und — Kegerarbeit. Landarbeiter und Halbproleten für die großen Besitzer im Innern des Landes. Der Handel geht schlecht. Sehr schlecht! Kein Wunder auch, die Agrarfrage hat diesen gesegneten Landstrich erfasst. Der Ertrag der Baumwolle sank in einem Jahre um 85 Millionen Dollar und der Lohn des schwarzen Landarbeiters bei einer Arbeitszeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang von 90 auf 30 Cent und weniger. Aber es gibt kaum noch Arbeit für die billigen schwarzen Arbeiter und überhaupt keine mehr für die weißen. In den beiden ungeliebten Lagern, in die sich jede amerikanische Stadt des Südens teilt — hier schwarz, dort weiß — herrscht daher gereizte Stimmung.

Wanderer nach Arbeit.

Nicht Jungmänner, acht aus einem leeren Zug von Tausenden, wanderten vom Osten nach dem Westen des Staates. Sie hofften, endlich wieder auf einer der riesigen Farmen Arbeit zu finden. Wie alle Arbeitsuchenden im Süden zogen sie als Tramps. Autovogelbandagen wickelten ihnen beschaffen, sie zogen es vor, die größten und beschwerlichsten Strecken ihres Hungermarsches als blinde Passagiere in leeren Güterwagen der Eisenbahn zu überwinden. In der Nacht vom 23. März 1931 gerieten sie in einen Güterwagen, der bereits „Passagiere“ aufzuweisen hatte: drei weiße Tramps. Wie so oft in diesen Fällen, kam es bald zu Streit und Schlägerei. Auf der nächsten Station mußten die „Weißen“ das Feld räumen. Viele Stunden nach dieser handgreiflichen Auseinandersetzung lief der Zug in Scottsboro ein. Eine große Menschenmenge wartete auf dem Bahnsteig und sah die Kegerjungen aus dem Wagen, verprügelte sie und führte sie im Triumphzuge ins Stadtgefängnis.

Häufig Tage nachher wurde ihnen der Prozeß gemacht. Die Jungmänner waren angeklagt — eine weiße Frau im Zuge vergewaltigt zu haben. Die Keger bestreiten jede Schuld. Aber das „Opfer“ war selbst als Jengin zur Stelle. Eine im Staate herumvogelbandierende Prostituierte.

Die Erpressung.

Während der Verhandlung demonstrierten tausende von Farmern, mit Balken ausgerüstet, vor dem Gerichtssaal, sie forderten die Auslieferung

oder den Tod der Kegerjungen. Die ungeheure Spannung der letzten Monate, die aus ganz anderen, von uns schon genannten Ursachen, herrührte, drohte sich zu entladen. Unter dem Druck der Straße sprach das Gericht das schicksale Todesurteil aus. Als Schuldig lag jedoch nur die Auslage der Prostituierten vor, deren Kameradin aber freigesprochen hatte, daß sie gar nicht in demselben Wagen wie die Keger gefahren war. Die Verteidigung erhob sofort Einspruch. Das oberste Gericht von Alabama mußte allerdings die Berufung ablehnen, da im Prozeß selbst nicht gegen das sündliche Zeugnis des Beschwärenden verfahren worden war, aber es verlängerte die Lebensfrist der Kegerjungen bis zur Durchführung des Appells an das Bundesgericht in Washington.

Das Bundesgericht kann das Urteil nicht ohne weiteres korrigieren. Die Rechtslage in den Bundesstaaten ist so, daß nur dann ein Urteil vom Bundesgericht korrigiert werden kann, wenn eine grobste Verfassungsverletzung vorliegt. Aber nach der Auflassung der Verteidigung und des Anwalts beim Obersten Gericht von Alabama handelt es sich hier allerdings um die Justizfrage im Sinne der alten, verfassungswidrigen „Jim Crow Laws“, ehemaliger Kegergesetze, die im Gebrauch waren, als die Sklavenbefreiung noch nicht restlos in den Bundesstaaten durchgeführt worden war.

Tom Rooney schreibt.

In den Vereinigten Staaten verfolgt man den Fall mit heftiger Anteilnahme. Die Zeitungen haben über die Affäre in langen Artikeln berichtet — die gesamte gebildete Öffentlichkeit glaubt an die Unschuld der acht Verurteilten oder doch mindestens an den gegläubten Schuldweis; man hofft, daß das oberste Bundesgericht derselben Meinung ist und aus diesem Grunde den Spruch von Alabama kassiert. Für die acht jungen Keger legt sich übrigens auch der Arbeiterführer Tom Rooney in einem leeren in einer New Yorker Zeitung veröffentlichten, von Ende März 1932 datierten Brief ein. Der erschütternde Brief von Tom Rooney, der wegen eines angeblichen Bombenattentats in Sag Francisco seit 17 Jahren — allem Anschein nach unschuldig! — im Zuchthaus lag und hingerichtet werden soll, ist aus dem kassierten Justizhaus St. Quentin an seine Mutter gerichtet. Die Begründung ist lapidar wieder abgelehnt worden. In dem Schreiben Rooney heißt es: „... Ich muß Dir besonders für jene großen Opfer danken, die Du für die Sache der Arbeiter bringst. Sechzehn Jahre schweren Kampfes um meine bedingungslose Freilassung liegen hinter Dir. Deine Gesundheit, Deine Kraft hast Du dafür hingegen und nun siehst Du nochmals auf und lächelst einen neuen Kampf, nicht um mich, sondern um andere Männer. Es ist mir die größte Freude, zu wissen, daß Deine Mutterliebe sich nicht auf eigenes Fleisch und Blut beschränkt, sondern daß Du eben für die Freilassung der Opfer von Scottsboro wie für die unglücklichen Bergarbeiter von Harlan Dich einsetzt. ... Dein Sohn.“

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Krise anhaltend.

Aus dem Bericht der Nationalbank.

Prag, 25. April. Der Bankrat der Nationalbank hielt heute seine ordentliche Monatsitzung ab. In dem vorgelagerten Geschäftsberichte für den verflochtenen Jahresabschnitt wurde u. a. ausgeführt:

Die Wirtschaftslage der Tschechoslowakei zeigt im letzten Monat, trotz des Grubenstreiks, gewisse Anzeichen der Beruhigung auf dem gedrückten Niveau der Vormonate; in einigen Zweigen bezeichnet die Erzeugung eine gewisse Abnahme, namentlich saisonmäßigen Charakters.

Die Lage des Geldmarktes blieb unverändert. Die Herabsetzung des offiziellen Diskontsatzes zu Monatsbeginn auf 5 Prozent kam auf dem Geldmarkte bis jetzt nicht zum Ausdruck und wurde auch vorläufig noch nicht von einer Regelung der Zinssätze der Banken begleitet. Der durch die Finanzverwaltung vorgeschlagene Umtausch aller bis Ende des Jahres fälligen Kassencheine wurde mit Erfolg durchgeführt.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit der Industriearbeiter kam zum Stillstand; infolge saisonmäßiger Einflüsse trat im April, namentlich in den mit der Baubewegung zusammenhängenden Zweigen, eine Besserung ein. Von verschiedenen Stellen wurden unbedeutende Anzeichen einer Belebung des Absatzes gemeldet. Ansonsten ist die Entwicklung uneinheitlich und im Gesamtrahmen weiterhin gedrückt.

Der März-Umsatz des Außenhandels ist etwas gestiegen, in der Ausfuhr konnte, hauptsächlich in der Fertigwarenexport, eine Besserung beobachtet werden. Der Außenhandel steht vor der Aufgabe, an Stelle der bisherigen Absatzgebiete in den Nachbarstaaten und in Osteuropa, deren Kaufkraft und Zahlungsfähigkeit wesentlich gesunken sind, neue Abnehmer zu suchen. Es machen sich schon Anzeichen bemerkbar, daß dieser Prozeß bereits im Gange ist. Die gesamte Wirtschaftslage bleibt auch weiterhin ziemlich schwierig, weist jedoch keine neuen Momente auf, welche die Depression steigern könnten.

Gerichtssaal

Die vertagte Mordsenfation.

Der Nordprozeß Havill und die enttäuschten Sensationshähnen.

(Schwurgericht.)

Prag, 25. April. Das Prager Strafgericht: nicht heute früh einen Mordbefehl, der auch dem Unkundigen verraten mußte, daß etwas Außergewöhnliches im Gange war. Wie denn auch nicht! Erwartete doch eine festlich geklammerte Menge wie meist zu neunhundert Weibern, die sich in den besseren Ständen „angehörten“ einen Nordprozeß, der erwartungsgemäß mit der nervenigebenen Formel des Todesurteils hätte enden sollen. Leider ging die Sensation verloren und die Besucher hatten die vergebliche Aufgabe einer Krone für die Garbetrobe zu haben. Wer sich unter die heulende Menge wagen wollte, konnte die härtesten Vorwürfe gegen die sensiblen Justiz hören, die ihr Publikum derart enttäuscht, und sich keine Gedanken darüber machen, wie mit einer derartigen Menichtheit eigentlich nach Recht und Gerechtigkeit zu verfahren wäre.

Der Tatbestand des Falles Havill dürfte unlenen Lesern noch geläufig sein, denn es sind eben etwa sechs Wochen seit dem Vorfall vergangen, der seinerzeit im März ganz Prag in Aufruhr versetzte. Der von einem Einbruch beim Arbeiter Arps in Udenk verübte Diebstahl Havill war nach toller Arroganz und Unerjacht, deren Einzelheiten an die Sensationen eines Schandromans gemahnen, durch den Fabrikanten Klima aufgehalten worden, der dem Verbrecher ein Bein stellte, so daß dieser fürzte. Noch im Regen keuerte der Verfolgte aus dem Revolver, den er in der Hand hielt, auf Klima einen Schuß ab, der diesen in der unteren Gesichtshälfte traf, das Gehirn durchbohrte und so seinen sofortigen Tod herbeiführte. Nach weiterer Verfolgung wurde der Mörder endlich durch einen Chauffeur gestellt, der gegenwärtig in Verhaftung der Situation seinen Scherwitzer einschaltete und den Verbrecher bländete, so daß dieser von den nachstellenden Polizisten durch einen Kopfschlag mit dem Gummihütel betäubt und unschuldig gemacht werden konnte. Schon nach dem Fall des erschossenen Klima war von den Inspektoren Lufek und Hubade! gepökt worden, räumte aber auch auf die die Pistole und drückte mehrmals ab.

Der 1. Mai 1932 in Prag

Samstag, den 30. April 1932:

Festvorstellung

im Neuen Deutschen Theater um 7 Uhr abends:

„Die Walküre“

von Richard Wagner. Kartenverkauf bei Genossen R. Deutsch, Graben.

Sonntag, den 1. Mai 1932.

vormittags:

Gemeinsam mit unseren tschechischen Genossen

Aufmarsch durch Prag zur Demonstrationsversammlung auf der Slavischen Insel

Deutscher Redner Genosse Zen. Dr. Politischer. Sammelpunkt der deutschen Teilnehmer um halb 10 Uhr, Prag II., Ecke Meybranka—Titna.

Die Kinderfreunde werden wie in früheren Jahren für unsere Kleinen ein Lokauto zur Verfügung stellen. Die Kinder versammeln sich um halb 10 Uhr beim „Sozialdemokrat“, Prag II., Refazanka 18. Das Lokauto folgt dem Zuge auf die Slavische Insel, wo die Kinder abgeholt werden können.

Am 1. Mai, nachmittags:

Besuch unserer Lokalorganisation in Keratowitz zu frohem Beisammensein. Spiel der Jugend und Aufführungen der Turner.

Abfahrt Wilsonbadhof 14.00 Uhr. Genossen, welche früher fahren wollen, können den Zug 12.40 Uhr, Demissbadhof, benutzen. Treffpunkt in Keratowitz „Bec“-Häbril.

Die Waffe versagte aber, so daß die Polizisten durch einen Zufall mit dem hohen Schreien davonkamen. Damit zur Tragödie das verbleibende Tatobjekt nicht verschleht, muß noch erwähnt werden, daß der gelbesgegenwärtige Chauffeur Arzoll durch den „unvorsichtigen“ Gebrauch des Scherwitzer im Weichhilde der Stadt“ zwei weitere Wunden herbeiführte, die im Konflikt mit der Polizeibehörde erlittenen, um — den Chauffeur zu einer Geldstrafe zu verdonnern. Darauf wurde jedoch, wie schon oben erwähnt, mit „Schwächen“ — doch wohl nicht.

Was den heute 33-jährigen angeklagten Josef Havill anlangt, so bietet dieser ohne Zweifel das Bild eines gesellschaftlichen Aukenselers schlimmster Art, eines gemeingefährlichen Verbrechens: des gefährlichsten, den es gibt: den des mordbegehrten Eigentumsverbrechens. Eigentumsverbrechen spielen in der Regel eine wichtige Rolle in der Verurteilung. Wer oder die Justiz des Verbrechens mit denen des Todes und Mordes vereinigt, der zählt zu den allergefährlichsten, zum Glück seltenen Verbrechertypen.

Havill hat von seinen 33 Jahren 12 Jahre im Kerker verbracht. Als vierzehnjähriger bekam er die erste Strafe wegen Diebstahls, und zwar 18 Monate. Mit 18 Jahren wurde er wegen Diebstahls zu vier Jahren Kerker verurteilt. Dann kommt eine Reihe von Diebstahlsdelikten. Die zusammen an fünf Jahre Kerker ankommen. Schließlich wurde er im Jahre 1922 wegen nicht vollendeten Mordes zu acht Jahren Kerker verurteilt. Wer will entscheiden, wie viel Schuld an der schrecklichen Kaufbahn dieses Menschen der „läuternde Strafballung“ hat, dieser Aufenthalt im Kerker, den man anderwärts als „Schule des Verbrechens“ bezeichnet?

Die Familiengeschichte des Angeklagten kann vielleicht einiges Licht in diesen dunklen Fall bringen. Die Vorfahren: durchwegs Bauer, Großvater besaß Selbstmord im Pelletium, sein Vater in schwerer Alkoholik, ein Onkel zwiefel wie der Großvater, seine Schwieger in im Bierhaus, was schon dreimal vorher interniert werden mußte. Was seiner Familie entwirft dieser Mensch?

Er bekannte sich schuldig, verurteilt aber mit der Routine des alten Kriminalen darzutun, er habe wissenschaftlich verhandelt, sondern nach dem missglückten Einbruch Selbstmord verüben wollen, alles weitere sei unglücklicher Zufall gewesen. Die gerichtlichen Sachverständigen erklärten nach längerer Verhandlung auf die Frage des Vorstehenden (O.A. Novotny), sie könnten keine sichere abschließende Gutachten hinsichtlich des Geisteszustandes des Angeklagten fällen. Darauf vertagte der Gerichtshof zum Zwecke gründlicher Psychiatrie den Fall — wie erwähnt zur schmerzlichen Enttäuschung der Gerichtsanhänger, die so bestimmt schloß: hatten, ihren schicksaligen Weg wieder einmal bei der Vollstreckung eines Justizurteils anzusehen zu können. —

Urteil im Uzhoroder Mordprozeß.

Uzhorod, 24. April. Der Mörder des Bauern Gurdubel, der Tagelöhner Mowal, wurde zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Die Gurdubelova erhielt zwölf Jahre Gefängnisstrafe.

PRAGER ZEITUNG.

„Der Neue Schulkampf“

Die Prager sozialistische Jugendzeitung, die durch die Kraft und Treue der Gesinnung, durch ihre Tapferkeit und durch den überzeugenden sprachlichen Ausdruck des Neuen, das in unserer Jugend lebt, sich bereits einen langwollen Namen machte, feiert dieser Tage bereits den Ablauf ihres ersten Lebensjahres. Das geschieht in einem von „Luz“ gezeichneten Beitragsaufsatz „Bilanz“, die (oder der) also abgeschlossen wird:

„Kein Zweifel, auch von vielen, denen sie gefiel, ist unsere Zeitschrift missverstanden worden. Sie schnappten nach unserer Meinung und betrogen sie mit ihrer Gesinnung; sie freuten sich an unserer Stimme und hörten den Ruf nicht; sie belächelten die Aktualität und lernten das Gruseln nicht vor einer Zeit, die sich zu solcher Aktualität in Szene setzt. Das muß gelagert werden: Denn mit der Meinung allein ist die Zeit, der wir angehören, nicht begriffen, der Gegner, den wir haben, wenig verkehrt, der Idee, der wir leben, schlecht gedient; es gilt vielmehr die revolutionäre Gesinnung, die aus tiefstem Leid zu höchster Aktion kommt, aus dem schmerzhaftesten Erlebnis der Gegenwart zur freudigsten Entscheidung der Zukunft; es gilt der Sozialismus nicht nur als politische Parole, der gute Argumente und gründliches Wissen assistieren, es gilt der Sozialismus auch als Akt der geistigen Notwehr. Denn das scheint uns der Sinn jeder publizistischen Bestrebung zu sein, die dem Sozialismus dient: Sozialistische Propaganda in die Hände der Kunst gerückt, die ja auch in ihrem Wesen ein kämpferisches Unternehmen ist, dem Pathos, Lyrik und Satire in gleicher Weise Waffen sind gegen die Trivialität, die Entbeiligung des Lebens, Waffen des Menschlichen gegen das Untermenschliche, des Geistes gegen den Ungeist, aus dem Unmenschlichen eines banalen Daseins die Entschärfung zu Sinn und Wert. In dieser Sinn, nicht vielleicht nur Zweckverbundenheit sozialistischer Propaganda mit dem Höchsten, was Menschengeist hervorgebracht hat, wird die herrliche Kulturbedeutung des Sozialismus evident, der den Augenblicken, die bislang selten und im Glanz ringsum verstreut den einzelnen die Erfüllung eines Lebensstraumes brachten, die Tonart gesellschaftlicher Möglichkeiten verleiht wird. So schließt sich die Front aller Bedrängten in dieser Zeit, der es an Brot und Geist fehlt, wie keiner je zuvor, dieser Zeit, die war den Boden unter den Füßen verloren hat, aber trotzdem dem Himmel nicht näher kam... Was an uns liegt:

„Nur keine Furcht, daß ich das Bündnis breche! Das Streben meiner ganzen Kraft ist grade das, was ich verspreche.“

Wir unterschreiben hier nochmals die von uns schon im Jhät unterstrichene Stelle und geben der Hoffnung Ausdruck, daß der „Neue Schulkampf“ weiter wie bisher an diesem Akt der geistigen Notwehr mit Hilfe durch die Erziehung zum Sozialismus des Willens und der Tat, der Solidarität und Disziplin in allen materiellen und geistigen Kämpfen der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie.

Electradend Prag 7. Am Donnerstag, den 28. April 1932, findet um 8 Uhr abends im Restaurant „Hnedel“, Prag 7, Binarsta 19, eine Winternovemberfeier statt, bei der Universitätsprof. Dr. E. Otto über „Goethe und die moderne Pädagogik“ und Palastarzt Dr. E. Steiner über „Die Ernährung des Schulkindes“ sprechen werden.

In das Heim des flaffenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokr. Arbeiterpartei „Sozialdemokrat“

Kinderfreunde Prag.

Dienstag, den 26. April, um 8 Uhr abends, im kleinen Urania-Saal, Deutscher Handwerkerverein, Smetekagasse 27, findet eine

Elternversammlung

statt. Sprechen wird unser Verbandssekretär Genosse Wily Hocke, Bodenbach, über

„Unsere Ferienveranstaltungen“.

Wir ersuchen alle Mitglieder zu dieser Elternversammlung bestimmt zu erscheinen. Wir rechnen insbesondere mit der Teilnahme aller Eltern, die für die Unterbringung der Kinder während der Ferien Interesse haben.

Kunst und Wissen

„Flug und Sieg“, ein Stück von Edgar Wallace und demnach blutiger (nicht nur ohne Blutvergießen, sondern auch in der Handlung total anatomisch) wurde Samstag im Neuen Deutschen Theater ganz erfolgreich aufgeführt; meines Erachtens aus drei Gründen: weil Zufallsgeschichten bei uns (was wir gewiß nicht bedauern) ein unvergleichlich geringeres Interesse finden als in der Heimat Wallace, weil ferner die Inszenierung durch Holzlin-Lindensahmer war als ein obgestopptes Pferd und weil schließlich ein Teil der Darsteller so mott und farblos war, daß man in den ersten zwei Stunden der Vorstellung sich beispiellos langweilte und erst in den letzten zwei Bildern einigermaßen interessiert wurde. Da das Stück in Leipzig trotz seiner Schwächen Erfolg hatte, liegt es auf der Hand, daß gerade zum Verzicht solcher Ware eine geschicktere und leichtere Regiehand und mehr schauspielerische Verantwortlichkeit notwendig ist, als bei uns in diesem Falle zur Verfügung stand. Der Großteil des Publikums dürfte sich für Rummy um einen Heller mehr interessieren als für derart servierten tausendpfündigen Zufallsmarinen. Restlos erstens war lediglich der Hüter Walter Laubs mit keiner absolut sicheren Charakterisierung, seinem trockenen Humor, seiner überlegenen Verschlagenheit. Frau Keller spielte eine Konalle sehr glaubwürdig, ganz so wie Herr Strohlin einen fragwürdigen Gentleman, — aber stärkere Wirkung ging von ihnen ebenso wenig aus wie von Renner, Reinhardt, Rishling, Köhner und Jansich. Darüber (eigentlich darunter) hinaus in festzustellen, daß insbesondere Fräulein Inge Rahm, aber auch Herr Bert Rida, trotz guten Willens über Schulerhaftes nicht hinauskommen. — Das Publikum lachte rechtens außerordentlich mit Beifall und machte während der Vorhängepause von dem Rechte freier Meinungsäußerung im abträglichsten Sinne Gebrauch, i. g.

Deutsche Musikakademie in Prag. Desjantlicher Abend (Kammermusik) am Samstag, den 30. April, 8 Uhr abends, im Uraniasaal. Am Programm: Werke von Friedrich Schwarz (Uraniasführung), Max Reger, W. A. Mozart, L. v. Beethoven. Karten 5, 6 und 3 K.

Sonntag Repertoire-Aufführung: „Der Mann mit den grauen Schläfen“. Die Premiere des neuen Lustspiels „2:2 — unentschieden“ von Wilhelm Lichtenberg mußte aus technischen Gründen auf Dienstag, den 3. Mai, verschoben werden. Samstag, den 30. d., findet eine Wiederholung des bestechen Lustspiels „Der Mann mit den grauen Schläfen“ statt. Anfang 8 Uhr. (Ab.)

Wochenplan der Neuen Deutschen Theaters. Dienstag, halb 8 Uhr, Bankbeamten I und II: „Die Stützen der Gesellschaft“. — Mittwoch, 8 Uhr: „Koulette“ (160—IV). — Donnerstag, halb 8 Uhr: „Flug und Sieg“ (163—III). — Freitag, halb 8 Uhr: „Spur im Schloß“

(161—I). — Samstag, halb 7 Uhr: Arbeiter-Vorstellung: „Die Volkäre“. — Sonntag: Geschlossen. — Montag, halb 8 Uhr: „Spur im Schloß“ (162—II).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Dienstag, 8 Uhr: „Koulette“ (Ab.). — Mittwoch, halb 8 Uhr: „Stützen der Gesellschaft“ (Ab.). — Donnerstag, 8 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen“ (Ab.). — Freitag, halb 8 Uhr, Kulturverbandsfreunde: „Koulette“ — Samstag, 8 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen“ (Ab.). — Sonntag: Geschlossen! — Montag, halb 8 Uhr, Bankbeamten I: „Der Mann mit den grauen Schläfen“.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Z. J. — Wädeln. Dienstag, abends 8 Uhr, Zusammenkunft im Verein deutscher Arbeiter.

Z. J. II. — Freie Vereinigung. Ruffeier am 27. April, 8 Uhr, in der Ver. Fügnerplatz 4. Programm: Genossin Maria Deutsch: Selbsten der proletarischen Revolution. Genosse R. Fortschy: Cellovortr. Genosse Erich Heller: Rezitationen.

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes

kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas schrägmannlich angepaßt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Koruna“ ausführen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Bürgerlicher Sport.

Sparta gegen 1. FC. Nürnberg 2:1 (0:1). Nach langer Zeit sah man die Nürnberger wieder in Prag. Sie brachten diesmal eine sehr verjüngte Elf mit, die aber ob ihres gefälligen und ruhigen Spiel den besten Eindruck hinterließ. Technisch besser als die Sparta und ihre Schwelligkeit machten sie einen nicht zu unterschätzenden Partner und es war nur ein Zufall, daß die Prager gewannen. Sparta zeigte einen Fußball, daß man sich wundern muß, wenn die Zuschauer dabei in Geduld ausharren. Dafür verstand man es um so angezeigter, sage und schreibe acht Kronen für den zweiten Platz zu verlangen! Trotzdem das Spiel im ganzen ruhig verlief, war der Wiener Schiedsrichter Frankenstein sehr gleichgültig gegen das Stoßen und Halten der Prager; diesen Unbilligkeiten hat Sparta eigentlich den unterbundenen Sieg zu verdanken.

DFC. gegen DFC. Subweis 5:2 (1:0). In Subweis trugen die Prager das Meisterschaftsspiel gegen ihren Namensvetter aus und gewannen sicher und verdient. DFC. führt nun, nachdem auch die Sportbrüder besiegt wurden, im Mittelgau.

Deisterreich gegen Ungarn 8:2 (4:2). In Wien fanden sich am Sonntag diese beiden Ländercamps gegenüber und endete die Begegnung mit einer katastrophalen Niederlage der Ungarn, die in der Verteidigung ihre schwächsten Leute hatten. Die

Deisterreicher waren diesmal wieder in großer Fahrt und machten mit ihrem Gegner, was sie wollten. 60.000 Zuschauer waren auf der hohen Warte Schiedsrichter Birken (Berlin).

Die Profi-Meisterschaft. Wenn nicht alles tauscht, macht der Profifußballsport hierzulande lebhaftige Fortschritte. Die Sparta zeigte am Sonntag im Rübberg-Spiel nichts, was ihre Fortschritte bestätigt. Die Slavia, die in Radod mit dem dortigen SK um die Punkte kämpfte, hat — trotzdem sie heute die teuerste Profi-Elf ist — ein jämmerliches Spiel, und wurde von Radod, das wahrlich in den letzten Wochen nichts Besonderes bot, mit 4:1 (3:0) glatt abgefertigt. — Viktoria Zizkov wollte bei ihrer Namensschwester in Pilsen und gab es noch einem torlosen Treffen eine Punkteteilung. — Bohemians Klagen SK Klado 2:0 (1:0), trotzdem die Roblenstädter mehr vom Spiel, aber im Sturm keine Schützen hatten. — Am Sonntag fand auf dem DFC-Platz das „Spiel“ Tepliger FK gegen Chemie Karlin statt, das 1:1 (0:1) endete. Es war wohl das Däblichste, was man bisher von Profits zu sehen bekam — den Ton gaben die Prager an, die in dem deutschen Schiedsrichter Kofner einen wohlmeinenden Schlichter hatten und das auch reichlich ausnützten.

Sonstige Ergebnisse. Teplitz: FK. gegen Chemie Karlin 7:1 (4:0), Freundschaftsspiel. — Prag: DFC. Boag gegen Schwabe 3:0 (0:0). — Karlsbad: FK. gegen FC. Eger 10:1 (4:0), Reichenberger SK. gegen Sparta 8:1 (6:0). — Bodenbach: SpBa. gegen DFC. Brüx 4:2 (2:2). — Gabelung: DFC. gegen DFC. 3:0 (0:0). — Reichenberg: DFC. gegen Barmdorfer FK 2:2, DFC. gegen DFC. Kamotou 5:3. — Bräna DFC. gegen DFC. Jolan 3:2 (2:0), DFC. gegen Maffadi 7:3 (4:1), Zdenice gegen Kor. Slavo 2:0 (1:0). — Blin: SK. Baka gegen Slonak Wien 2:0 (1:0). — Preßburg: DFC. gegen 3. Bezirk Budapest 2:1 (1:0). — Preßdem: Wien geg. Mitteldeutschland 4:1 (4:1). — Wauhelm: Baden gegen Elsaß-Lothringen 7:0. — Ouedo: Espanles gegen Jugoslawien 2:1 (2:1).

Weltrekord im Angestochen. Der Prager Athlet Douda (Slavia) unternahm am Sonntag einen Angriff auf den von Strichfeld (Deutschland) gehaltenen Weltrekord und es gelang ihm, um einen halben Zentimeter weiter als Strichfeld die Kugel zu stoßen, nämlich auf 16,05 Meter. Das Werk ist aber wieder gegen Douda weil die Veranstaltung keine öffentliche, sondern nur eine intern des Klubs war und daher diese Leistung von einer internationalen Anerkennung ausschließt.

Neuer Weltrekord im Freistil-Schwimmen über 500 Meter wurde von Paris (Frankreich) aufgestellt. Seine neue Zeit beträgt 6:01 2/3 Min. Herr Borg hielt diesen Rekord mit 6:08 1/2 Min.

Vereinsnachrichten

Jugendabteilung des Allgem. Angestellten-Verbands Reichenberg, Ortsgruppe Prag. Dienstag, den 26. April, halb 8 Uhr im Rübensaal der Ver. Prag II, Fügnerova nám. 4, wichtige Jugendversammlung. Berichte des Koll. Hofbauer. Unsere nächsten Veranstaltungen. Alle Kollegen mit Kolleginnen werden ersucht, bestimmt zu erscheinen! Gütlich willkommen.

Genossen! Genossinnen!

In jeder Betriebsversammlung, jeder Gewerkschaftsversammlung, jeder Genossenschaftsversammlung, jeder Wählerversammlung, jeder Frauenversammlung, jeder politischen Versammlung, jeder Versammlung oder Sitzung einer proletarischen Organisation sollt Ihr für die

sozialdemokratische Parteipresse intensivste Werbearbeit leisten

Schmerzerfüllt geben wir hiemit Nachricht von dem Ableben des Herrn

Ing. Ernst Rudolph,

Direktors i. R. und Verwaltungsrates der Nordböhmisches Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft,

welcher nach kurzer Krankheit am 23. April 1932 in Tetschen verschieden ist.

Wir betrauern in dem Dahingegangenen, welcher unserer Gesellschaft seit dem Jahre 1917 als Direktor und Vorstandsmitglied und seit dem 1. Jänner 1932 als Mitglied des Verwaltungsrates angehörte, einen unserer hervorragendsten und treuesten Mitarbeiter, welcher sein reiches Wissen, seine unermüdete Schaffenskraft und seine seltenen menschlichen Eigenschaften stets uneingeschränkt und aufopferungsvoll in den Dienst unserer Gesellschaft stellte.

Wir werden dem Entschlafenen dauernd ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Bodenbach, am 23. April 1932.

Verwaltungsrat und Vorstand der Nordböhmisches Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft.